



Finanzministerium | Postfach 71 27 | 24171 Kiel

Ministerin

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein
Dr. Gaby Schäfer
Hopfenstraße 30
24103 Kiel

30. Juni 2014

**Jahresbericht 2013 für den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“
(Kapitel 1116)
Übersicht über die „Allgemeinen Schuldverpflichtungen“ des Landes Schleswig-Holstein**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

mit Bezug auf die Vereinbarungen zur Berichterstattung über den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ übersende ich Ihnen in der Anlage 1 den Jahresbericht 2013.

Das Kredit- und Zinsmanagement des Landes wurde auch im vergangenen Jahr wesentlich durch die Auswirkungen der Euroschuldenkrise geprägt. Die Europäische Zentralbank setzte ihre Niedrigzinspolitik begleitet von umfangreichen Stützungsmaßnahmen fort. Die Finanzierung des Landeshaushalts konnte weiterhin zu sehr günstigen Zinskonditionen sichergestellt werden. Ergänzend zur Finanzierung war in 2013 die Umsetzung der Zinssicherungsstrategie ein wesentlicher Aufgabenschwerpunkt.

Insgesamt ist auch in 2013 die Optimierung der Zinskostenstruktur unter Berücksichtigung der langfristigen Zinsänderungsrisiken gelungen. Die günstige Zinsentwicklung und die darauf ausgerichteten Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements trugen dazu bei, dass die Zinsausgaben mit 863 Mio. € unterhalb des Vorjahres lagen (2012: 908 Mio. €).

In der Anlage 2 übersende ich eine Übersicht über den Stand der „Allgemeinen Schuldverpflichtungen“ des Landes per Ende 2013. Die Berichterstattung ist ebenfalls jährlich vorgesehen.

Über die Zinssicherungsstrategie wird der Finanzausschuss regelmäßig durch das Finanzministerium unterrichtet, zuletzt im Mai 2014. In der zweiten Jahreshälfte ist diesbezüglich ein gesonderter Bericht geplant.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Monika Heinold

Anlagen

Jahresbericht 2013

für den Aufgabenbereich:

Kredite, Finanzderivate, Schulden
Kapitel 1116

***Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein***

Referat VI 25

*Kredit- und Zinsmanagement,
Schulden- und Derivatverwaltung*

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassende Kurzdarstellung	1-2
1 Einleitung	3
2 Rahmenbedingungen und Planungsgrundlagen	3
2.1 Wirtschafts- und Zinsentwicklung	3
2.2 Eckdaten der Kreditfinanzierung, Zinsszenarien und strategische Planung	5
3 Geschäftsabschlüsse 2013: Volumen und Struktur	7
3.1 Kredite	7
3.1.1 Ermächtigungen und Abschlüsse Kredite	7
3.1.2 Laufzeit- und Zinsbindungsstruktur	8
3.1.3 Kreditarten und Gläubiger	8
3.1.4 Zeitliche Deckung des Kreditbedarfs	9
3.2 Finanzderivate	10
3.2.1 Ermächtigungen und Abschlüsse Finanzderivate	11
3.2.2 Abschlussstruktur und Zielsetzungen	11
3.2.3 Vorzeitige Auflösung von Finanzderivaten und Umstrukturierungen	14
3.3 Zinsbindungs- und Kostenstruktur der Kredite und Finanzderivate	14
4 Entwicklung der Zinsausgaben, Kennzahlen	15
4.1 Haushalt 2013	15
4.2 Wirtschaftlichkeitsvergleich	15
4.2.1 Zinsausgaben im Vergleich zum Referenz-Portfolio	16
4.2.2 Quantitative und qualitative Fallzahlen	16
4.3 Entwicklung der Risiken	17
4.3.1 Zinsänderungsrisiken	17
4.3.2 Kreditrisiken aus Finanzderivaten	18
4.3.3 Operationelle Risiken	19
5 Entwicklung der Schuldverpflichtungen	19
5.1 Entwicklung der fundierten Schulden	19
5.2 Entwicklung der Kreditmarktschulden	22
5.3 Struktur der Wertpapiersschulden	23
5.4 Gläubigerstruktur der Schuldschein- und Vertragsdarlehen	24
5.5 Fälligkeitsstruktur der Kreditmarktschulden	25
5.6 Struktur der Verzinsung	25

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Zinsentwicklung am europäischen Geld- und Kapitalmarkt 2013.....	5
Abbildung 2:	Ermächtigung und Abschlüsse Kredite 2013	7
Abbildung 3:	Kreditbedarf und Kreditabschlüsse in den Monaten 2013	10
Abbildung 4:	Ermächtigungsrahmen und Bestandsentwicklung Derivate in 2013.....	11
Abbildung 5:	Aufteilung Abschlussvolumen Finanzderivate	11
Abbildung 6:	Zinssicherungsvolumen und Umsetzung Stand 31.12.2013.....	12
Abbildung 7:	Entwicklung Abschlussvolumen Zinsderivate 2000-2013	13
Abbildung 8:	Vertragsbestand Zinsderivate per Stichtag 31.12.....	13
Abbildung 9:	Wirtschaftlichkeitsvorteil 2013.....	16
Abbildung 10:	Fallzahlen der Schulden- und Derivatverwaltung	16
Abbildung 11:	Kennzahl der Abschlüsse/Abtretungen gewichtet nach Schwierigkeitsgrad.....	17
Abbildung 12:	Obergrenze für die Schwankungsbreite der Zinsausgaben.....	18
Abbildung 13:	Veränderung der Schuldenstruktur 2013	20
Abbildung 14:	Struktur der Gesamtverschuldung nach Kreditarten.....	20
Abbildung 15:	Entwicklung der Schulden des Länderkernhaushaltes	21
Abbildung 16:	Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung	21
Abbildung 17:	Entwicklung der Kreditmarktschulden 2010-2013.....	22
Abbildung 18:	Struktur der Kreditmarktschulden 2008-2013	22
Abbildung 19:	Entwicklung Wertpapiersschulden 2010-2013.....	23
Abbildung 20:	Entwicklung Wertpapiereigenbestand 2010-2013	23
Abbildung 21:	Gläubigerstruktur Schuldschein-/Vertragsdarlehen 2010-2013	24
Abbildung 22:	Fälligkeitsstruktur Kreditmarktschulden per 31.12.2013	25

Zusammenfassende Kurzdarstellung

Wirtschafts- und Zinsentwicklung

Das weltwirtschaftliche Wachstum nahm in 2013 ab und betrug insgesamt 2,4% nach 3,5% im Vorjahr. Die Rezession im Euroraum schwächte sich im Laufe des Jahres 2013 ab mit einer positiven Tendenz im letzten Quartal. Insgesamt ging das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,5% zurück. In Deutschland zeigte sich zwar abnehmendes aber relativ stabiles Wachstum mit einem BIP von real 0,4%.

Die Entwicklung auf dem europäischen Geld- und Kapitalmarkt wurde in 2013 weiterhin durch die Euro-Schuldenkrise bestimmt. Die Europäische Zentralbank (EZB) setzte ihre umfangreichen, unkonventionellen Stützungsmaßnahmen fort und senkte den Leitzins weitere zwei Mal auf 0,25%. Der kurzfristige 6-Monatssatz blieb relativ stabil mit Werten unterhalb von 0,40% bis zum Jahresende und betrug durchschnittlich 0,34%. Der 10-Jahressatz sank bis Mai auf einen historischen Tiefstand von 1,45%, danach zeigte sich eine steigende Tendenz (Versteilung) der Zinsstrukturkurve bis zur Stabilisierung im vierten Quartal bei gut 2%. Der Jahresdurchschnitt lag bei 1,90%.

Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements

Unter Berücksichtigung der Zinsentwicklung und des Liquiditätsbedarfs ist das Kredit- und Zinsmanagement des Landes darauf ausgerichtet, die Folgekosten aus der Kreditaufnahme unter Abwägung der Zinsänderungsrisiken zu optimieren. Für das Land als Dauerschuldner hat dabei die langfristige Perspektive, d.h. ein Zeitraum von mindestens zehn Jahren einschließlich der Finanzplanung, zentrale Bedeutung.

Die **Kreditfinanzierungen (Abschlussvolumen: 2,66 Mrd. €)** wurden wie folgt umgesetzt:

- Den Finanzierungsschwerpunkt bildeten Wertpapieremissionen mit einem Anteil von über 75% (2012: 93%), davon waren zwei Drittel größere Einzelabschnitte in Höhe von mindestens 150 Mio. €. Der Trend der vergangenen Jahre am Kapitalmarkt zu großvolumigen Wertpapieremissionen ist damit ungebrochen, allerdings hat der Anteil der Schuldscheindarlehen im Jahr 2013 wieder deutlich zugenommen.
- 64% (2012: 70%) der Finanzierungen tragen eine feste Verzinsung. Der Anteil an variabel verzinslichen Krediten liegt demnach bei 36% (2012: 30%).
- Die durchschnittliche Rendite der Festzinsdarlehen ist mit 1,81% etwas gestiegen (2012: 1,64%). Gleichzeitig liegt allerdings auch die **Durchschnittslaufzeit von 9,9 Jahren** deutlich über dem Vorjahresniveau (2012: 7,4 Jahre).

Das Finanzministerium setzt bereits seit 1992 erfolgreich **Finanzderivate** zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken und zur Optimierung der Kreditkonditionen ein. In 2013 erreichte das **Abschlussvolumen insgesamt 8,08 Mrd. €** (2012: 1,99 Mrd. €). Das außerordentlich hohe Volumen ist auf die Ausweitung der Zinssicherungsstrategie entsprechend des Kabinettsbeschlusses vom Sommer 2013 zurückzuführen. Auf die vorzeitige Sicherung der zukünftigen Finanzierungen entfiel ein Anteil von rd. 98% des gesamten Derivatvolumens.

- Der überwiegende Anteil der Abschlüsse (6,5 Mrd. €, 80%) entfiel auf Zinsoptionen in Form von Zinskorridoren, der Rest auf Zinsswaps (1,58 Mrd. €, 20%).
- Mit Bezug auf die haushaltsgesetzlichen Ziele des Derivateinsatzes entfiel auf die Begrenzung von Zinsänderungsrisiken ein Anteil von 60% (4,85 Mrd. €) und dementsprechend 40% auf die Optimierung der Kreditkonditionen (3,23 Mrd. €).
- Der gesetzlich verankerte Ermächtigungsrahmen für den Gesamtbestand an Finanzderivaten, der sich auf den jeweiligen Schuldenstand des Vorjahres bezieht (§ 18 (6) LHO), wurde im gesamten Jahresverlauf eingehalten.

Konsolidierte Betrachtung: Kredit- und Derivatbereich

Eine Beurteilung der Zinsbindungs- und Kostenstruktur der Verschuldung ist nur im Zusammenhang von Krediten und Finanzderivaten aussagekräftig. Das Land orientiert sich bei den Finanzierungen grundsätzlich an der Investorennachfrage. Die Finanzderivate dienen der Feinsteuerung der Zinskosten. Auf Grundlage der entsprechenden Finanzierungen und der konservativen Strategieausrichtung beinhalten die Finanzderivate aus Landessicht eine feste Zinsbindung, eine mittlere Laufzeit und – aufgrund des zeitlichen Vorlaufs – eine höhere Verzinsung. Mit Bezug auf das Kreditvolumen in 2013 über 2,66 Mrd. € ergeben sich folgende Auswirkungen:

- So wurde der Anteil der variablen abgeschlossenen Zinsverpflichtungen von 36% durch den Einsatz der Finanzderivate deutlich auf 5% reduziert. Der Festzinsanteil lag dementsprechend bei 95% (2012: 92%).
- Die durchschnittliche Laufzeit der Festzinsdarlehen verkürzte sich von 9,9 auf 8 Jahre (2012: 6,9 Jahre). Die entsprechende Durchschnittsrendite erhöhte sich von 1,81% auf 2,25% (2012: 2,04%).
- Die gesetzlich festgelegte Höchstgrenze für die Schwankungsbreite der Zinsausgaben betrug in 2013 40 Mio. € (Limit für das Zinsänderungsrisiko gem. §2 (4) HG 2013). Im Haushaltsvollzug wurde das vorgegebene Limit stets eingehalten.

Entwicklung der Zinsausgaben

Haushalt 2013

In 2013 betrugen die haushaltsmäßigen Zinsausgaben 862,5 Mio. € und sanken im Vergleich zum Vorjahr um 45,9 Mio. €. Das Haushalts-Soll von 975 Mio. € wurde deutlich um 112 Mio. € unterschritten. Im Vergleich zu den Vorjahren hat die niedrige Nettokreditaufnahme 2012 in Höhe von 78 Mio. € nur geringe zinsseitige Folgewirkungen.

Wirtschaftlichkeitsvergleich

Im Rahmen der Betrachtung der Wirtschaftlichkeit werden für den Bereich „Kredite und Finanzderivate“ die haushaltsmäßigen Zinsausgaben aus dem Gesamtbestand an Krediten und Finanzderivaten den Zinsausgaben eines vorgegebenen Referenz-Portfolios gegenüber gestellt. Für 2013 errechnete sich ein entsprechender Wirtschaftlichkeitsvorteil in Höhe von rd. 70 Mio. €. Diese Größe lag etwa 10 Mio. € über der Planzahl von rd. 60 Mio. € und erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um gut 20 Mio. € (2012: rd. 49 Mio. €).

Struktur der Gesamtverschuldung

Die Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements im Rahmen der konservativen Finanzierungsstrategie schlugen sich auch in den wesentlichen Kennzahlen zur Gesamtverschuldung per Ende 2013 nieder. Die durchschnittliche Restlaufzeit des gesamten Kreditbestandes verringerte sich leicht auf 5,01 Jahre (2012: 5,12 Jahre). Die durchschnittliche Zinsbindungsfrist, die neben der Laufzeit auch die Struktur der Verzinsung berücksichtigt, erhöhte sich unter dem Einfluss der Zinssicherungsgeschäfte in 2013 deutlich auf 4,97 Jahre (2012: 4,36 Jahre). Der Anteil der variablen Zinsverpflichtungen am Gesamtbestand aus Krediten und Finanzderivaten reduzierte sich auf 12% (2012: 17%). Insgesamt stellt sich die Kosten-Risiko-Struktur der Verzinsung unter Berücksichtigung der Risikoabsorptionsfähigkeit des Landeshaushaltes in einem ausgewogenen Verhältnis dar.

1 Einleitung

Seit 2002 wird der Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ (Referat VI 25, Kapitel 1116) nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben, einschließlich der Kosten- und Leistungsrechnung und des Controllings, gesteuert. Die Eckpunkte des Steuerungskonzepts werden regelmäßig in den „Zusätzlichen Erläuterungen“ im Haushaltsplan (Einzelplan 11, Kapitel 1116) dargestellt. Mit dem Finanzausschuss wurde die regelmäßige Berichterstattung in Form eines Jahresberichts vereinbart.

Die Kernelemente des Kredit- und Zinsmanagements sind im Haushaltsgesetz (§ 3 HG) verankert. Zentrales Ziel ist die Optimierung der Zinsbelastungen des Landes, d.h. die mittel- bis langfristige Reduzierung der Zinsausgaben unter adäquater Berücksichtigung der Zinsänderungsrisiken (Risiko).

Zur Steuerung der Zinsausgaben wird seit 2002 das Portfolioverfahren PERZ-SH eingesetzt. Das vom Land in Zusammenarbeit mit externen Partnern entwickelte Verfahren ermöglicht eine Steuerung auf Basis der Erkenntnisse der modernen Kapitalmarkttheorie unter Berücksichtigung der besonderen Rahmenbedingungen für die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand. Entsprechend der Kapitalmarktentwicklung wird das Verfahren fortlaufend aktualisiert.

Der Jahresbericht gibt einen Gesamtüberblick über die Aktivitäten im zurückliegenden Jahr 2013 sowie über die Auswirkungen auf die Folgejahre. Unter Abschnitt 2 werden die wesentlichen Planungs- und Entscheidungsgrundlagen erläutert. In Abschnitt 3 wird auf das Volumen und die Struktur der abgeschlossenen Kredite und Finanzderivate unter Berücksichtigung der Ermächtigungen eingegangen. In Abschnitt 4 finden sich die Erläuterung der Zinsausgaben, eine Betrachtung der Wirtschaftlichkeit und die Darstellung der verschiedenen Risikokategorien. Der letzte Abschnitt 5 gibt einen Überblick über die Entwicklung und Struktur der Gesamtverschuldung des Landes.

2 Rahmenbedingungen und Planungsgrundlagen

2.1 Wirtschafts- und Zinsentwicklung

Die Wirtschafts- und Zinsentwicklung wurde auch in 2013 überwiegend von den Auswirkungen der Schuldenkrise und den damit verbundenen umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen bestimmt. Weitere Herabstufungen von Ländern aus der Eurozone durch die Ratingagenturen blieben zwar aus, aber die Lage blieb dennoch angespannt. Die Finanzhilfen des dauerhaften Krisenfonds ESM zur Unterstützung schwächerer Euroländer wurden in 2013 von Spanien und Zypern in Anspruch genommen.

Wirtschaftsentwicklung 2013

Im Jahr 2013 schwächte das Wachstum der globalen Wirtschaft gegenüber den Vorjahren weiter ab. Das Wachstum in den Industrieländern zeigte sich schwach bis moderat, in den Schwellenländern eher schwach. Die Staatsschuldenkrise im Euroraum beruhigte sich etwas im Jahresverlauf, doch die Entwicklung im Euroraum ist noch uneinheitlich. Insgesamt wuchs die Weltwirtschaft um real 2,4% (2012: 3,5%).

In den USA war das Wachstum in 2013 zwar rückläufig, doch der private Konsum blieb bedingt durch weiterhin rückläufige Arbeitslosenzahlen und stabile Verbraucherpreise die wesentliche Stütze. Dies sorgte für ein moderates US-Wirtschaftswachstum mit einem Anstieg des realen BIP um 1,7% (2012: 2,25%). Die Arbeitslosenquote sank im Jahresverlauf und lag durchschnittlich bei 7,0% (2012: 8,1%). Die Inflationsrate schwächte sich im Vergleich zum Vorjahr auf 1,5% (2012: 2,1%) ab.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa verlief auch in 2013 sehr uneinheitlich. In der zweiten Jahreshälfte hat sich nach dem rezessiven Verlauf eine Stabilisierung auf niedrigem Ni-

veau durchgesetzt. Während das Wirtschaftswachstum im Euroraum im letzten Jahr noch leicht rückläufig war (2012: -0,4%), betrug die Wachstumsrate in 2013 0,1%. Allerdings war die Konjunktorentwicklung weiter sehr uneinheitlich. Die starken Divergenzen zeigten sich vor allem am Arbeitsmarkt. Vor allem die Krisenländer waren wie im Vorjahr von sehr hoher Erwerbslosigkeit, besonders unter den Jugendlichen, betroffen. Insgesamt lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote bei 12% (2012: 11,2%). Die Verbraucherpreise sind in 2013 mit einer Rate von 1,4% (2012: 2,5%) nur moderat gestiegen und in der Tendenz rückläufig.

Die deutsche Wirtschaft verlor in 2013 weiter leicht an Dynamik, das Wachstum blieb aber dank des robusten Arbeitsmarktes und privaten Konsums stabil mit einer Steigerung des realen BIP um 0,4% (2012: 0,7%). Mit einem Rückgang von 0,2% (2012: +3,3%) stagnierten die deutschen Exporte im Jahr 2013. Der positive Beschäftigungstrend setzte sich hingegen mit einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich 6,9% (2012: 6,8%) in 2013 fort. Die Verbraucherpreise lagen in 2013 durchschnittlich bei 1,5% und damit unter dem Niveau des Vorjahres (2012: 2,0%).

Zinsentwicklung 2013

Die Zinsentwicklung auf dem europäischen Geld- und Kapitalmarkt war auch in 2013 vornehmlich durch die massiven geldpolitischen Maßnahmen der EZB geprägt. Bei stabilen Geldmarktzinsen sorgte die Diskussion möglicher geldpolitischer Ausstiegsszenarien im Frühsommer für kurzzeitige Turbulenzen. Nach entsprechenden Äußerungen der FED und der EZB kam es im Herbst zu einer deutlichen Stimmungsberuhigung.

Im Einzelnen erfolgte die Refinanzierung des Landes auf dem **Geld- und Kapitalmarkt** in 2013 unter folgenden Rahmenbedingungen:

- Ausgehend von 1,82% zu Jahresanfang stieg der Satz für die **10-jährige Laufzeit** bis zum Februar leicht an und ging dann bis Mai bis auf einen Stand von 1,58% zurück. Im weiteren Jahresverlauf stieg der Zinssatz kontinuierlich an und erreichte im September den Höchststand von 2,36%, um sich dann im vierten Quartal bei gut 2% zu stabilisieren. **Durchschnittlich** lag der 10-Jahressatz in 2013 bei **1,99%** (2012: 2,09%).
- Der Zinssatz für die **7-jährige Laufzeit**, die der Durchschnittslaufzeit des Referenz-Portfolios des Landes Schleswig-Holstein entspricht, betrug im **Jahresdurchschnitt 1,48%** und lag damit ebenfalls deutlich unter dem Vorjahresdurchschnitt (2012: 1,66%).
- Insgesamt konnte das Land in 2013 aufgrund zunehmender Attraktivität deutscher Staatsanleihen bei den Investoren weiter von dem niedrigen Zinsniveau profitieren. Die **Zinsdifferenz zum Bund** mit Bezug auf die 10-jährige-Laufzeit verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 20 Basispunkte und lag mit **durchschnittlich gut 40 Basispunkten** wieder enger am langjährigen Durchschnitt (rd. 30 Basispunkte).
- Die EZB-Geldpolitik verlief weiter stark expansiv. Insbesondere die Versicherung von EZB-Präsident Draghi im August, alle Möglichkeiten zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte auszuschöpfen (sog. „Draghi-Put“), sorgte für eine deutliche und bislang anhaltende Stimmungsberuhigung. Ausgehend von 0,75% zu Jahresbeginn beschloss die EZB im **Mai** eine weitere **Leitzinssenkung** auf **0,5%** und im **November** auf ein historisches Tief von **0,25%**.

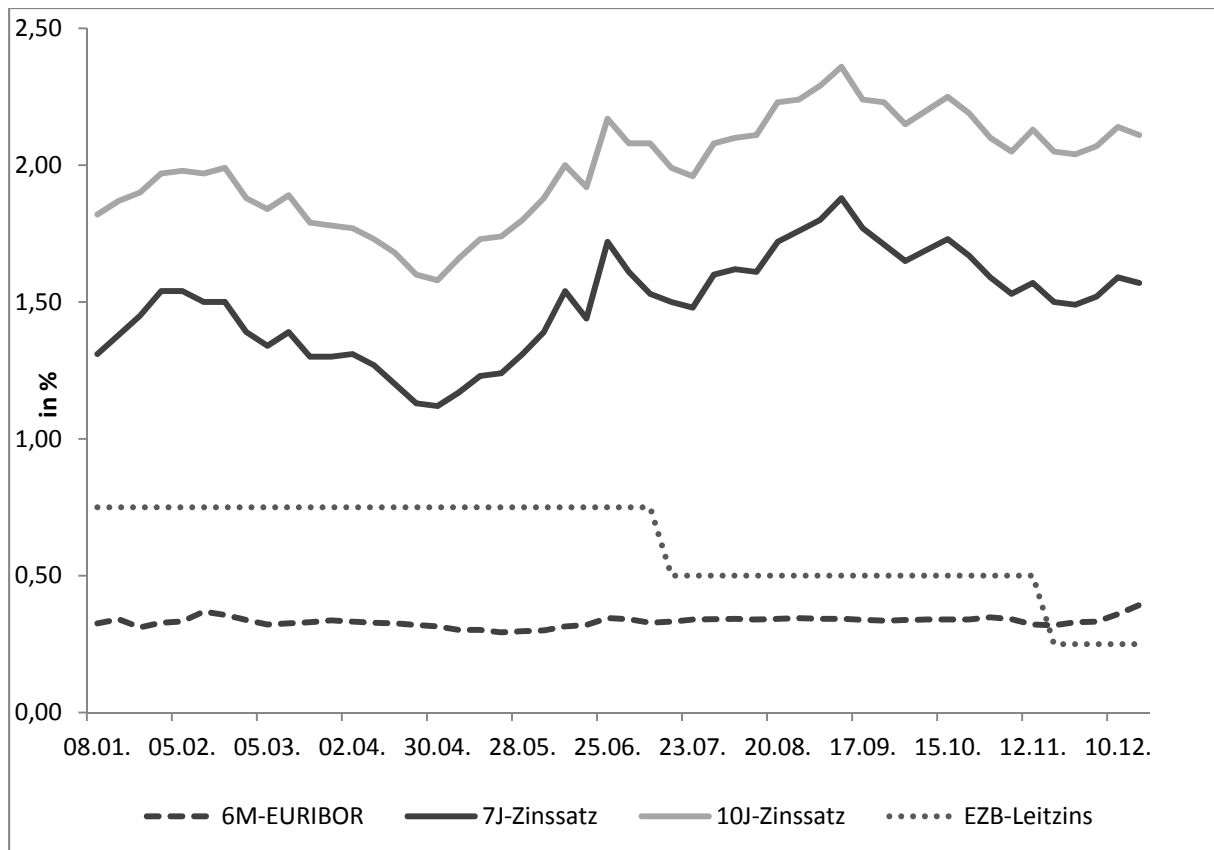


Abbildung 1: Zinsentwicklung am europäischen Geld- und Kapitalmarkt 2013

- Die kurzfristigen Geldmarktzinsen blieben im Jahresverlauf 2013 relativ stabil auf einem Niveau zwischen 0,3 und 0,4%. Im **Durchschnitt** betrug der 6-Monatssatz **0,34%** und lag damit deutlich unterhalb des Vorjahrswertes (2012: 0,84%).

Die **Struktur der Zinskurve**, welche die Grundlage für die Optimierung der Zinskosten bildet, veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr relativ stark. Die Entwicklung der Differenz zwischen dem langfristigen 10-Jahressatz und dem kurzfristigen 6-Monatssatz wurde vom langfristigen Kapitalmarktzins dominiert. Ausgehend von 149 Basispunkten am Jahresbeginn erreichte die Differenz mit 127 Basispunkten Anfang Mai einen Tiefpunkt und stieg dann mit leichten Schwankungen bis zum Höchststand von 202 Basispunkten im September an. Am Jahresende betrug die Differenz noch 172 Basispunkte. Die Kurvensteilheit liegt im Durchschnitt mit 166 Basispunkten (2012: 125 Basispunkte) wieder deutlich über dem langjährigen Mittelwert (120 bis 130 Basispunkte). Eine höhere Kurvensteilheit verteuert die Zinssicherungsgeschäfte.

2.2 Eckdaten der Kreditfinanzierung, Zinsszenarien und strategische Planung

Eckdaten

Ausgangsbasis für die Kreditfinanzierung und die Optimierung der Zinsausgaben im Jahresverlauf sind der Finanzierungsbedarf der sich aus dem Gesamthaushalt ergibt und die Kostenstruktur der bestehenden Kredite und Finanzderivate. Zu Beginn des Jahres 2013 stellte sich die Situation wie folgt dar:

- Insgesamt umfasste der planmäßige Finanzierungsbedarf 3,2 Mrd. €, wobei 0,45 Mrd. € auf die Neuverschuldung und 2,75 Mrd. € auf Anschlussfinanzierungen entfielen.
- Der Kreditbestand enthielt per Ende 2012 79,9% festverzinsliche und 20,1% variabel verzinsliche Darlehen. Unter Berücksichtigung des Derivateinsatzes veränderten sich die Verzinsungsanteile auf 83,4% bzw. 16,6%.

- Die durchschnittliche Restlaufzeit des gesamten Kreditbestandes betrug per 31.12.2012 5,12 Jahre. Die durchschnittliche Zinsbindungsfrist, die neben der Laufzeit auch die Struktur der Verzinsung berücksichtigt, lag für die Gesamtverschuldung inklusive Finanzderivate bei 4,36 Jahren.

Zinsszenarien

Für das Kredit- und Zinsmanagement der öffentlichen Hand bilden Szenarien zur Zinsentwicklung (Zinsprognosen) eine wesentliche Grundlage. Mit Blick auf die erwartete Konjunktur- und Kapitalmarktentwicklung werden vom Finanzministerium alternative Zinsszenarien eingesetzt. Grundlage für die im Haushalt und im Finanzplan veranschlagten Zinsausgaben ist das jeweilige sogenannte Kern-Zinsszenario, dem innerhalb des Prognosespektrums die größte Wahrscheinlichkeit beigemessen wird. Das Kern-Zinsszenario ist auch maßgeblich für die Finanzierungsentscheidungen im Rahmen der Steuerung der Kosten-Risiko-Struktur des Gesamtportfolios. Im Jahresverlauf werden die Zinsszenarien regelmäßig überprüft und bei nachhaltigen Änderungen der Perspektiven entsprechend überarbeitet.

Die Erstellung und Umsetzung von fundierten Zinsszenarien wird durch verschiedene Maßnahmen gewährleistet: Es wird jährlich im Finanzministerium ein sogenanntes Eckdatengespräch mit den volkswirtschaftlichen Vertretern verschiedener Institutionen (IfW, HSH Nordbank, Bundesbank) zur Konjunktur- und Zinsentwicklung durchgeführt. Daneben wird zur Evaluierung des Prognosespektrums und zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken mit wissenschaftlicher Betreuung ein standardisiertes Risiko-Zinsszenario eingesetzt (siehe Abschnitt 4.3.1). Auch dieses Verfahren wird im Jahresverlauf regelmäßig überprüft.

Schließlich ist im Herbst 2013 im Finanzministerium ein Projekt zur Weiterentwicklung der Verfahren zur Zinsausgabensteuerung gegründet worden. Auch hier ist die Entwicklung von Zinsszenarien ein wesentlicher Aspekt.

Strategische Eckpunkte

Auf Basis der Eckdaten der Verschuldung und der Erwartungen zur Wirtschafts- und Zinsentwicklung erfolgt die strategische Planung der Finanzierung. Für das Jahr 2013 sind folgende Eckpunkte relevant:

- Auch in 2013 lag der Finanzierungsschwerpunkt im Bereich der großvolumigen Wertpapiere.
- Mit Blick auf das Niedrigzinsumfeld einerseits und die geringe Risikoabsorptionsfähigkeit des Landeshaushalts andererseits wurde die konservative Finanzierungsstrategie, d.h. die Ausschöpfung des am Markt verfügbaren Laufzeitspektrums und die Beibehaltung eines hohen Festzinsanteils von 80 bis 90 %, weiter fortgesetzt.
- Zur Steuerung der Zinsausgaben in dem zu erwartenden Marktumfeld wurde erneut ein starker Einsatz von Finanzderivaten für erforderlich gehalten: Im laufenden Geschäft dienen die Instrumente der Feinsteuerung der Kostenstruktur der Finanzierungen, insbesondere der Entzerrung der Klumpenrisiken aus den größeren Wertpapieremissionen.
- Zentraler Schwerpunkt der Zinsausgabensteuerung war der Derivateinsatz zur vorzeitigen Begrenzung der Zinsänderungsrisiken aus zukünftigen Anschlussfinanzierungen. Über die Eckpunkte des entsprechenden Konzepts und über die Umsetzung ist bereits mehrfach ausführlich berichtet worden.

3 Geschäftsabschlüsse 2013: Volumen und Struktur

3.1 Kredite

3.1.1 Ermächtigungen und Abschlüsse Kredite

Zur Deckung des Finanzbedarfs wurde der im Haushalt 2013 veranschlagte Kreditermächtigungsrahmen wie folgt in Anspruch genommen:

Ermächtigung	Soll 2013 (in Mio. €)	Ist 2013 (in Mio. €)
Nettokreditaufnahme	450,4	0
Konjunkturrell bedingte Nettokreditaufnahme	0,0	0
Einnahmerest aus dem Vorjahr	50,0	0
Gesamtsumme Nettokreditaufnahme	500,4	0,0
Anschlusskredite für fällige Altschulden gem. §2(1) HG 2011/12	2.740,3	2.445,3
Anschlusskredite für außerplanmäßig fällige Schulden gem. § 18 Abs.4 LHO (Umschuldungen)*	405,0	405,0
Finanzierungen im Rahmen der Marktpflege gem. § 18 Abs. 4 LHO *	54,0	54,0
Bruttokreditaufnahme (insgesamt)	3.699,7	2.904,3
Bruttokreditaufnahme (ohne Umschuldungen und Marktpflege)		2.042,9

Abbildung 2: Ermächtigung und Abschlüsse Kredite 2013, * Ermächtigung in Höhe der tatsächlich erforderlichen Beträge

Der im Haushalt 2013 vorgesehene Kreditermächtigungsrahmen (Soll 2013) ist um 795,4 Mio. € unterschritten worden. 695,4 Mio. € wurden als Mindereinnahme ausgewiesen, 50 Mio. € sind als Einnahmerest gebildet und in das Haushaltsjahr 2014 übertragen worden. Der Einnahmerest aus dem Haushaltsjahr 2012 in Höhe von 50 Mio. € wurde 2013 nicht beansprucht und in Abgang gestellt.

Im Hinblick auf die Abstimmung der Liquiditätsbeschaffung mit dem jeweiligen Haushaltsabschluss sind

- von den im Haushaltsjahr 2013 eingegangenen Einnahmen aus Krediten im Rahmen des Jahresabschlusses 159,2 Mio. € zu Gunsten des Haushaltsjahres 2012,
- von den im Haushaltsjahr 2014 eingegangenen Einnahmen aus Krediten im Rahmen des Jahresabschlusses 402,4 Mio. € zu Gunsten des Haushaltsjahres 2013 umgebucht worden.

Für die nachfolgende Darstellung der Abschlussstruktur wird das im Kalenderjahr am Kreditmarkt finanzierte Volumen in Höhe von **2,66 Mrd. €** (d.h. unter Berücksichtigung der Umbuchungen zum Spitzenausgleich zwischen den Haushaltsjahren) zugrunde gelegt.

3.1.2. Laufzeit- und Zinsbindungsstruktur

Vom Finanzierungsvolumen über insgesamt rd. 2,66 Mrd. € entfielen

- **rd. 1,7 Mrd. € oder 64% (2012: 70%) auf Festzinsdarlehen,**
- **rd. 0,96 Mrd. € oder 36% (2012: 30%) auf variabel verzinsliche Darlehen.**

Die mit den Nominalvolumina gewichtete **Durchschnittsrendite der Festzinsdarlehen** betrug **1,8%** und lag etwas oberhalb des Vorjahres (2012: 1,64%). Die **Durchschnittslaufzeit von 9,9 Jahren** bewegte sich deutlich über dem Vorjahresniveau (2012: 7,4 Jahre).

Die Zinsausgaben werden in Schleswig-Holstein unter Kosten-Risiko-Aspekten durch das Zusammenspiel von Finanzierungen und Finanzderivaten gesteuert. Tragfähige Aussagen zum Kosten- und Risikoprofil der Verschuldung sind deshalb nur im Zusammenhang (vgl. Darstellung im Abschnitt 3.3) möglich.

3.1.3. Kreditarten und Gläubiger

Von den Gesamtab schlüssen im Kreditbereich entfielen

- **78,6% auf Wertpapieremissionen,**
- **21,4% auf Schuldscheindarlehen.**

Die Form der Finanzierung ist stark von der Nachfrage der unterschiedlichen Investorengruppen geprägt und damit Schwankungen unterworfen. Seit der Finanzkrise haben Wertpapiere in Form der Landesschatzanweisungen als Finanzierungsinstrument aufgrund der höheren Liquidität stark an Bedeutung gewonnen. Bemerkenswert ist, dass in 2013 der Anteil der Schuldscheinfinanzierungen wieder zugenommen hat. Neben den Versicherungen als traditionelle Käufer treten zunehmend auch Sparkassen als Investoren auf. Aus Sicht des Landes bieten die vergleichsweise kleinteiligen Schuldscheindarlehen Vorteile bezüglich der Risikostreuung und der Flexibilität.

Jahr	Wertpapieranteil
2005	26,7%
2006	32,5%
2007	57,9%
2008	78,6%
2009	72,5%
2010	75,0%
2011	84,0%
2012	92,6%
2013	78,6%

Die **Wertpapieremissionen von rd. 2,1 Mrd. €** teilen sich auf in:

- 8 EUR-Emissionen des Landes SH
(zzgl. 4 Aufstockungen und Verkäufen aus Eigenbestand) rd. 1.420 Mio. €
- 2 Gemeinschaftsemissionen mit weiteren Ländern
(zzgl. 1 Aufstockung) rd. 430 Mio. €
- 1 Bund-Länder-Anleihe mit 10 Ländern und dem Bund rd. 240 Mio. €

Die Begebung eigener Anleihen bildete auch in 2013 den zentralen Finanzierungsschwerpunkt. So wurden insgesamt 8 Schatzanweisungen des Landes Schleswig-Holstein am Kapitalmarkt platziert. Die Emissionen wurden nach der Markterkundung gezielt auf die Investorenbedürfnisse ausgerichtet und konnten allesamt mit entsprechender Marktakzeptanz zu guten Konditionen platziert werden.

Ein weiterer Teil der Wertpapiere wurde in Form der bewährten Gemeinschaftsemissionen („Länder-Jumbos“) begeben. Die bereits langjährige Strategie ist aufgrund der regelmäßigen

Präsenz am Markt etabliert. Für Schleswig-Holstein ist die gemeinschaftliche Begebung die einzige Möglichkeit zur Erschließung spezifischer Investoren im Segment der Großemissionen (mind. 1 Mrd. €). Alle bisher durch die Agentur Fitch-Ratings bewerteten Länder-Jumbos erhielten jeweils die Bestnote „AAA“.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sind der Bund sowie zehn Länder gemeinsam am Kapitalmarkt aufgetreten und haben eine Anleihe über insgesamt 3 Mrd. € begeben. Aus Sicht der beteiligten Länder erschließt sich mit der Bund-Länder-Anleihe ein neues Finanzierungssegment. Angesichts der Größenordnung und der breiten Platzierungsaktivitäten wurde eine Großzahl vor allem ausländischer Investoren erreicht. In einem zu dem Zeitpunkt schwierigen Finanzierungsumfeld konnten bei dem ersten Auftritt vergleichsweise günstige Konditionen umgesetzt werden.

3.1.4 Zeitliche Deckung des Kreditbedarfs

Die Entscheidung über die zeitliche Verteilung der Kreditaufnahme hängt von dem Liquiditätsbedarf in den einzelnen Monaten und der Einschätzung der Entwicklung der Kapitalmarktzinsen im Jahresverlauf ab. Es wird angestrebt, die Darlehen möglichst in günstigen Kapitalmarktphasen aufzunehmen und damit die Zinsausgaben zu optimieren. Eine Überbrückung der Liquiditätsspitzen erfolgt durch die kurzfristige Aufnahme bzw. Finanzierung am Geldmarkt. Im Rahmen der Planungen ist zu berücksichtigen, dass sowohl der tatsächliche Kreditbedarf als auch die Kapitalmarktzinsen von den prognostizierten Werten abweichen können und damit die Entscheidungen unter Unsicherheit zu treffen sind.

Zu Beginn des Jahres wird vom Finanzministerium auf Basis des aktuellen Haushaltssolls eine Liquiditätsplanung erstellt. Die Verteilung auf die Monate erfolgt gemäß den Ist-Daten der Einnahmen und Ausgaben der Vorjahre. Im Laufe des Vollzuges wird der Liquiditätsbedarf unter Hinzuziehung aktueller Informationen stetig überarbeitet und konkretisiert. Für eine gezielte Planung der Kreditfinanzierung ist regelmäßig ein Vorlauf von mehreren Wochen erforderlich.

Auf der Investorenmenseite waren nach wie vor verstärkt großvolumige Landesschatzanweisungen gesucht. Erfreulicherweise belebte sich das Schuldscheingeschäft wieder und stieg auf rd. 21% des gesamten Finanzierungsvolumens. Die mit Blick auf die niedrigen Zinsen frühzeitige Eindeckung und die Orientierung an der Investorennachfrage hatte für das Land Schleswig-Holstein auch in 2013 eine hohe Priorität bei der Kreditaufnahme. Darüber hinaus waren folgende Aspekte von Bedeutung:

- Die Hälfte des Jahresbedarfs fiel auf die Monate April und November. Um dieses kumulierte Finanzierungsrisiko zu entzerren, wurde die Kreditaufnahme planmäßig über die Monate davor und danach gestreckt.
- Es bestand eine erhöhte Planungsunsicherheit aufgrund der Entwicklung der Steuereinnahmen, die aufgrund der verbesserten konjunkturellen Lage in Deutschland deutlich über der Steuerschätzung lagen.
- Ab Ende Januar fielen die Zinsen mit dem Tiefpunkt Anfang Mai, danach relativ stark steigende Zinsen bis September. Bis zum Jahresende war dann – geldpolitisch bedingt – wieder ein leichter Zinsrückgang zu verzeichnen.

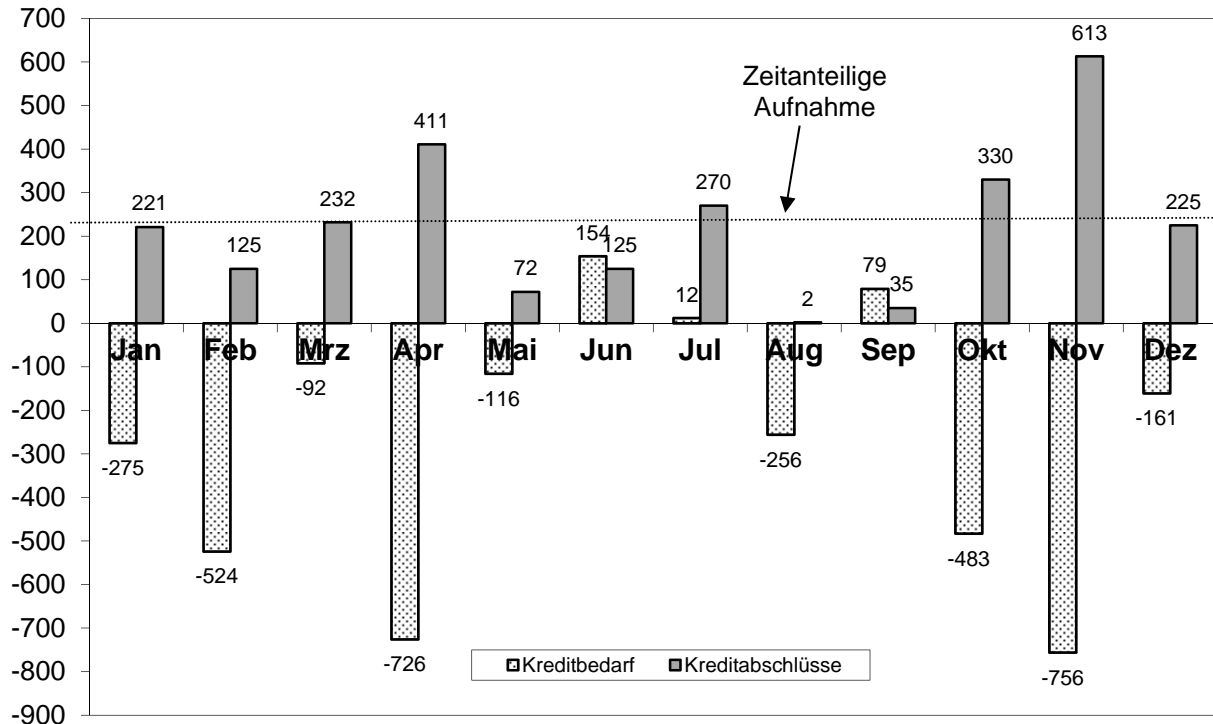


Abbildung 3: Kreditbedarf und Kreditabschlüsse in den Monaten 2013

In der Grafik wurden der Kreditbedarf entsprechend der ursprünglichen Liquiditätsplanung zu Beginn des Jahres und die getätigten Kreditabschlüsse einander gegenüber gestellt. Der tatsächliche Bedarf hängt im Wesentlichen von den schwer schätzbaren Steuereinnahmen ab.

In der Grafik werden die Finanzierungsspitzen im April und November deutlich, deren Eindeckung gezielt auf die umliegenden Monate verteilt wurde. Grundsätzlich erfolgte die Kreditaufnahme orientiert am geplanten Bedarf. Dabei wurde mit zeitlichem Vorlauf unter Nutzung günstiger Zinsphasen im Frühjahr und im letzten Quartal gearbeitet, da das Investoreninteresse nach wie vor hauptsächlich bei großvolumigen Landesschatzanweisungen lag (65% der Gesamtaufnahme). Überschüssige Mittel sind am Geldmarkt angelegt worden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass in 2013 die Liquidität zu jeder Zeit gewährleistet war. Der Kassenkredit ist aufgrund der geschilderten Zusammenhänge nur punktuell und in geringer Höhe in Anspruch genommen worden.

3.2 Finanzderivate

Das Land Schleswig-Holstein setzt im Rahmen der Kreditfinanzierung bereits seit 1992 Finanzderivate mit dem Ziel ein, Zinsänderungsrisiken zu begrenzen und die Kreditkonditionen zu optimieren. Der Einsatz der Instrumente hat von Beginn an zu einer Reduzierung der Zinskosten beigetragen.

Finanzderivate erweitern die Gestaltungsmöglichkeiten des Kredit- und Zinsmanagements dadurch, dass die vereinbarten Zinsverpflichtungen aus der laufenden Kreditaufnahme und den bestehenden Altschulden auch nachträglich wirtschaftlich geändert werden können. Darüber hinaus kann bereits im Voraus die Verzinsung zukünftiger Anschlussfinanzierungen gesichert werden. Insgesamt lässt sich durch den Einsatz von Finanzderivaten die Zinsbelastung aus den Kreditmarktschulden flexibel entsprechend der Marktentwicklung steuern und zielorientiert optimieren.

3.2.1 Ermächtigungen und Abschlüsse Finanzderivate

Der Einsatz von Finanzderivaten basiert in Schleswig-Holstein seit jeher auf gesetzlichen Ermächtigungen.

Zum einen werden die Finanzderivate regelmäßig im Rahmen der vom Parlament vorgegebenen Obergrenze für das Zinsänderungsrisiko im jeweiligen Haushalt (§ 2 (4) HG 2013) berücksichtigt. Durch den unmittelbaren Bezug auf die Schwankungsbreite der veranschlagten Zinsausgaben ist eine zielgenaue Steuerung der Zinsänderungsrisiken möglich. Die entsprechende Darstellung erfolgt im Abschnitt 4.3.1.

Zum anderen begrenzt die Ermächtigung in § 18 (6) LHO den Gesamtbestand an Finanzderivaten. Dieser darf insgesamt den Gesamtschuldenstand am Ende des vorangegangenen Haushaltsjahres nicht übersteigen.

	(Mio. €)
Schuldenstand per Ende 2012 / Ermächtigung für 2013	<u>27.294,5</u>
Inanspruchnahme der Ermächtigung:	
Bestand per 31.12.12	19.623,0
darunter: Zinsswaps zur Währungssicherung i.H.v. 170,4	
Fälligkeiten in 2013	- 3.176,3
Neugeschäfte	+ 8.082,0
Bestand per 31.12.13	<u>24.528,7</u>
darunter: Zinsswaps zur Währungssicherung i.H.v. 170,4	

Abbildung 4: Ermächtigungsrahmen und Bestandsentwicklung Derivate in 2013

Die haushaltsgesetzliche Ermächtigung gem. § 18 (6) LHO wurde im gesamten Jahr 2013 eingehalten. Die Inanspruchnahme der Ermächtigung betrug zum Jahresende 2013 rd. 90%.

3.2.2 Abschlussstruktur und Zielsetzungen

Im Jahr 2013 wurden Finanzderivate mit einem Volumen von insgesamt 8.082 Mio. € abgeschlossen. In der nachfolgenden Abbildung 5 sind die Abschlussvolumina, aufgeteilt nach Derivatarten und nach den beiden haushaltsgesetzlichen Zielsetzungen „**Begrenzung von Zinsänderungsrisiken**“ und „**Optimierung der Kreditkonditionen**“, dargestellt:

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	in Mio. €	
Abschlussvolumen insgesamt	8.082	1.990
davon		
• Zinsswaps (unbedingte Zinsverpflichtungen)	1.582 (20%)	590 (30%)
• Zinsoptionen (bedingte Zinsverpflichtungen)	6.500 (80%)	1.400 (70%)
Die abgeschlossenen Geschäfte teilen sich bezüglich der Zielsetzung auf in		
• Optimierung der Kreditkonditionen (Swaps in variabel, Verkauf von Zinsoptionen)	3.432 (42%)	740 (37%)
• Begrenzung von Zinsänderungsrisiken (Swaps in fest, Kauf von Zinsoptionen)	4.650 (58%)	1.250 (63%)

Abbildung 5: Aufteilung Abschlussvolumen Finanzderivate

In der wirtschaftlichen Betrachtung dienen die in 2013 aufgenommenen Finanzderivate nahezu ausschließlich (98%) der vorzeitigen Festschreibung der Zinsausgaben aus zukünftigen Anschlussfinanzierungen. Der Umfang der Zinssicherungsgeschäfte erklärt auch das außerordentlich hohe Abschlussvolumen. Hintergrund ist der Kabinettsbeschluss vom Juni 2013 zur Ausweitung der Strategie der Zinssicherung. Zentrales Ziel ist die Erhöhung der finanziellen Planungssicherheit unter Beachtung der Konsolidierungserfordernisse. Über die Eckpunkte der Strategie und über den Stand der Umsetzung wurde den politischen Gremien bereits mehrfach ausführlich berichtet. Kernbestandteil ist die vorzeitige Zinsfestschreibung für zukünftige Anschlussfinanzierungen des Landes der Jahre 2015 bis 2018 mit einem jährlichen Anteil von bis zu 67% durch den Einsatz standardisierter Zinsswaps und Zinsoptionen mit Laufzeiten von jeweils mindestens 5 Jahren. Als Umsetzungszeitraum ist ein Jahr vorgesehen worden. Zudem wurden im Haushalt 2014 zusätzliche Mittel zur Zinssicherung in Höhe von 30 Mio. € bereitgestellt.

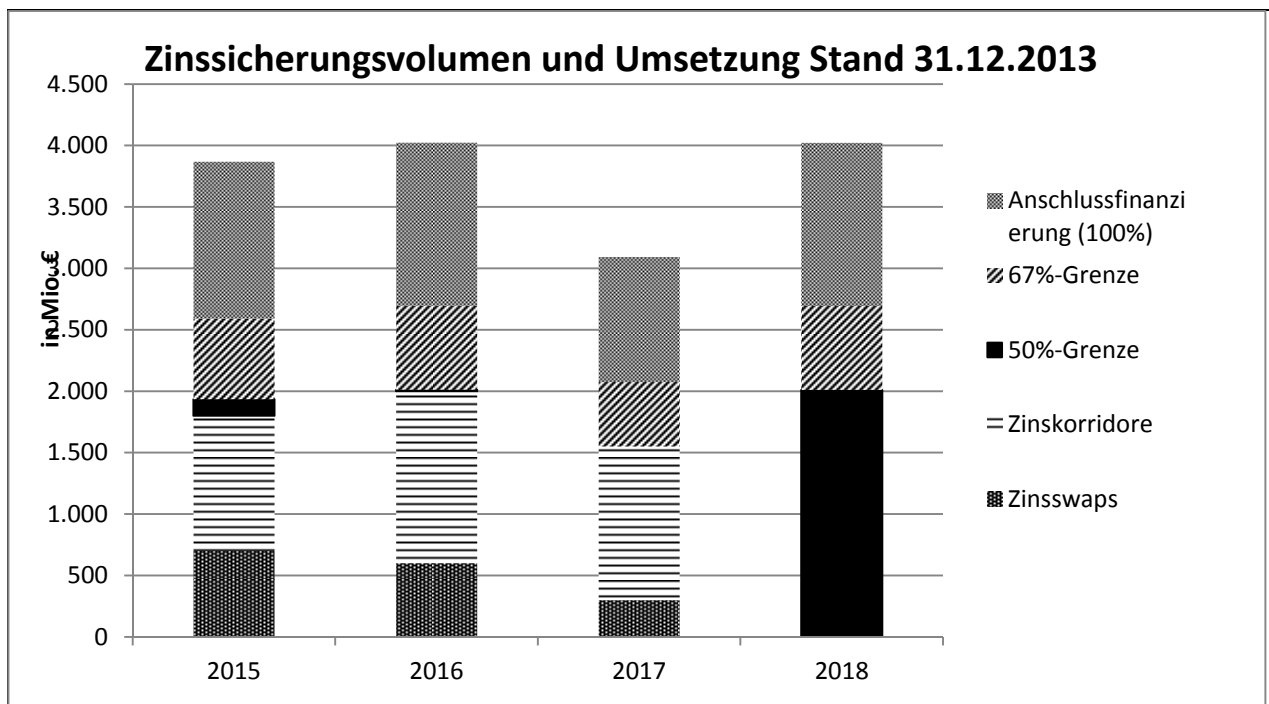


Abbildung 6: Zinssicherungsvolumen und Umsetzung Stand 31.12.2013

Die Übersicht zeigt die geplanten Sicherungsvolumina in den einzelnen Jahren und den Stand der Umsetzung per 31.12.2013. Insgesamt wurde ein zukünftiges Kreditvolumen von 4,65 Mrd. € vorzeitig abgesichert. Entsprechend der planerischen Eckpunkte betrifft der überwiegende Teil in Höhe von 3,25 Mrd. € (knapp 70%) Zinsoptionen mit Versicherungscharakter in Form sog. Zinskorridore, die jeweils eine Zinsobergrenze und eine Zinsuntergrenze beinhalten. Die Zinsuntergrenzen dienen der Kostenreduzierung. So konnte der Prämienaufwand für die Sicherungen von insgesamt 61,9 auf 14,9 Mio. € reduziert werden.

Insgesamt wird deutlich, dass in 2013 bereits ein erheblicher Teil der Maßnahmen durchgeführt worden ist. So wurden für 2015 bis 2017 per Jahresende Sicherungsanteile zwischen 47 und 50% erreicht. Mit Bezug auf die gesetzliche Ermächtigung zum Einsatz von Finanzderivaten wurde das Jahr 2018 planmäßig noch nicht erfasst. Es ist zu beachten, dass sich die Volumina der geplanten Anschlussfinanzierungen in den einzelnen Jahren entsprechend der späteren, marktabhängigen Finanzierung im Vollzug noch verändern können.

Der übrige Derivateinsatz in Höhe von 182 Mio. € steht in unmittelbarem Zusammenhang mit einzelfallbezogenen, investorengerechten Finanzierungen. In den konkreten Fällen wurden von Versicherungen langfristige Festsatzdarlehen mit Schuldnerkündigungsrechten nachgefragt und vom Land begeben. Durch den zeitgleichen und kongruenten Abschluss eines Zinsswaps trägt das Land im wirtschaftlichen Zusammenhang eine konventionelle variable Verzinsung mit einem Zinsvorteil. Die Versicherungen sind für die Länder bedeutende Investoren im Bereich der Schuldscheindarlehen.

Die **Abschlussvolumina für die Derivatarten im Zeitraum 2000 – 2013** und die **Entwicklung des Gesamtbestandes** sind in den nachfolgenden Abbildungen dargestellt.

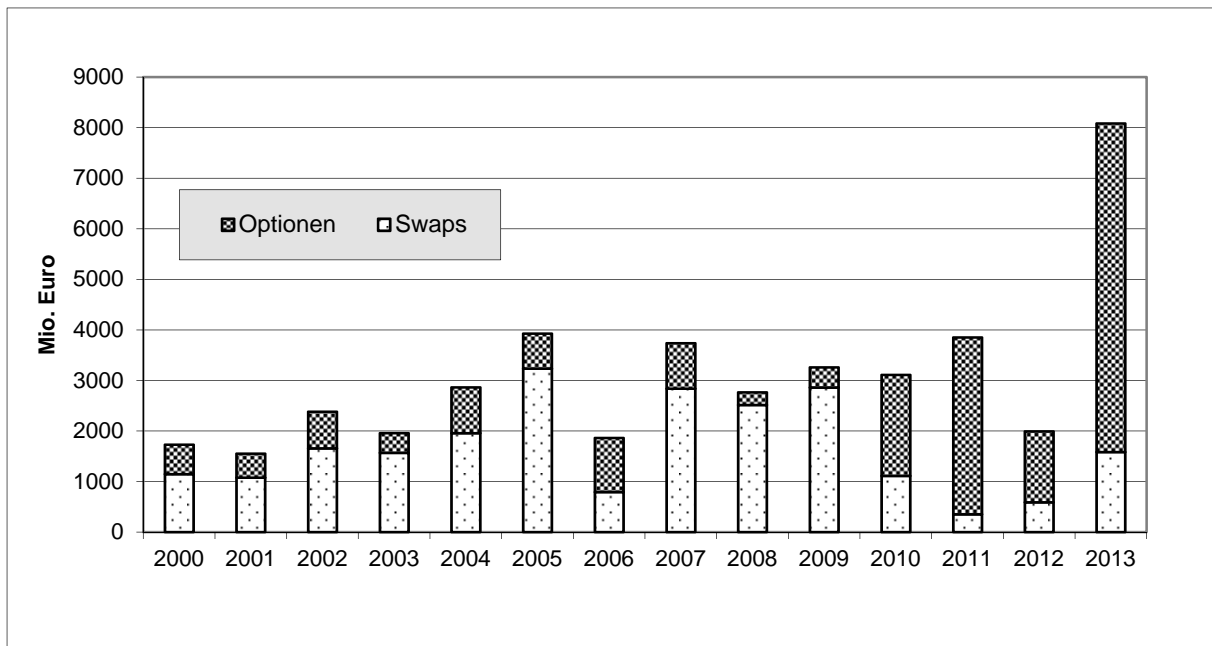


Abbildung 7: Entwicklung Abschlussvolumen Zinsderivate 2000-2013

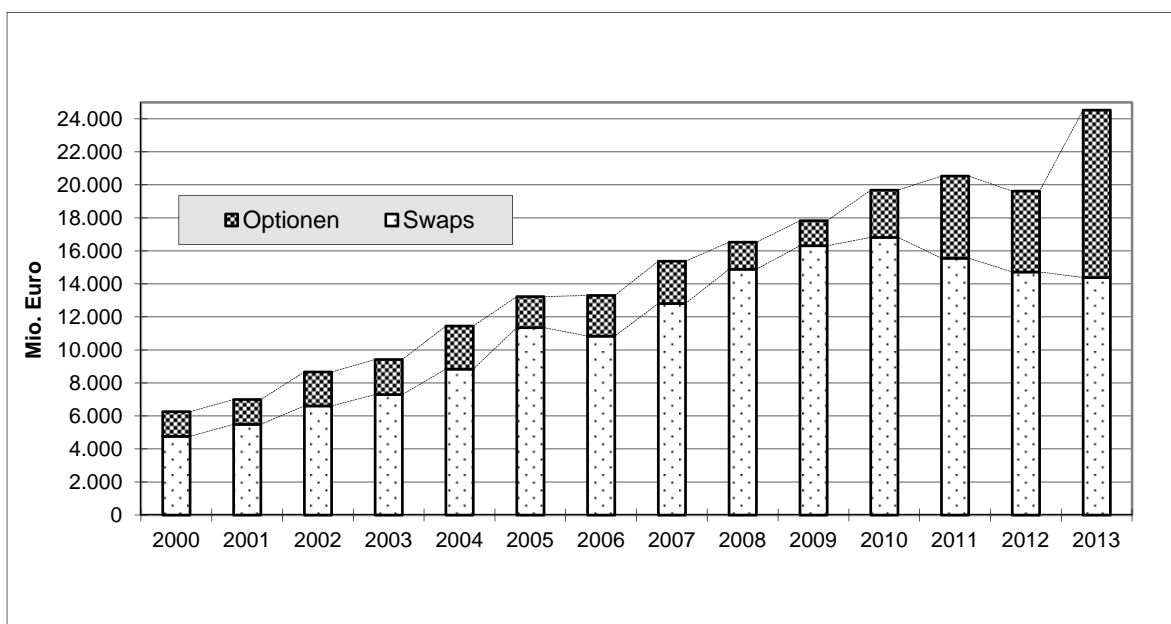


Abbildung 8: Vertragsbestand Zinsderivate per Stichtag 31.12.

3.2.3 Vorzeitige Auflösung von Finanzderivaten und Umstrukturierungen

Mit Bezug auf die Voten zu den Bemerkungen 2000 des LRH (Drucksache 15/436) stellt das Finanzministerium im Jahresbericht pflichtgemäß die Höhe der vorzeitig aufgelösten Derivatgeschäfte und die zeitliche Verteilung der Einnahmen auf die einzelnen Haushaltsjahre gesondert dar.

In 2013 wurden insgesamt fünf Zinsswaps im Zusammenhang mit der entsprechenden Umschuldung der entsprechenden kündbaren Darlehen aufgelöst. Die Darlehen und die kongruenten Zinsswaps wurden als Einheiten aufgelöst und jeweils in langfristige Darlehen mit einer konventionellen Festsatzverzinsung umgeschuldet. Aus Sicht des Landes liegen die Vorteile der Transaktionen in der längeren Verfügbarkeit der Liquidität (2037 bis 2044) und der Vereinfachung (Wegfall der Kündigungsrechte und der Zinsswaps). Zudem realisiert das Land vom Investor jeweils eine Aufwandsentschädigung von 0,02%-Punkten p.a.. Die vereinnahmten Auflösungsprämien i. H. v. 8,9 Mio. € enthalten die verschiedenen Bestandteile des Wert- und Zinsausgleichs.

3.3 Zinsbindungs- und Kostenstruktur der Kredite und Finanzderivate

Eine Gesamtbeurteilung der Zinsbindungs- und damit der Kostenstruktur unter wirtschaftlichen Aspekten ist nur im Zusammenhang von Krediten und Finanzderivaten sinnvoll und aussagekräftig.

Mit Bezug auf das **gesamte Finanzierungsvolumen des Jahres 2013 über rd. 2,66 Mrd. €** verändert sich die Zinsbindungs- bzw. Kostenstruktur durch den Einsatz der Finanzderivate wie folgt:

- deutlich höherer Anteil der festen Verzinsung von 95 % (ohne Finanzderivate 64 %),
- Verkürzung der Festsatzbindung auf 8 Jahre (ohne Finanzderivate 9,9 Jahre),
- höhere Festsatzverzinsung von 2,25% (ohne Finanzderivate 1,81%).

Die Auswirkungen auf die Kostenstruktur stehen im Zusammenhang mit der konservativen Finanzierungsstrategie des Landes, insbesondere mit den umfänglichen Sicherungsmaßnahmen im Derivatbereich. Ein wesentlicher Hintergrund sind auch die Finanzierungsbedingungen im Zuge der Finanzkrise, die durch eine verstärkte Investorennachfrage im Bereich der kürzeren Laufzeiten bzw. der variablen Verzinsung charakterisiert waren und teilweise noch sind. Auf Grundlage der entsprechenden Finanzierungen und der konservativen Strategieausrichtung beinhalten die in den letzten Jahren abgeschlossenen Finanzderivate schwerpunktmäßig eine feste Zinsbindung, eine mittlere Laufzeit und – auch aufgrund des zeitlichen Vorlaufs – eine höhere Verzinsung.

Im Vergleich zum Vorjahr ist in 2013 der hohe festverzinsliche Anteil an den Finanzierungen mit 95% in etwa gleich geblieben (2012: 92%). Die Zinsbindung hat sich um gut ein Jahr erhöht (2012: 6,9 Jahre). Die Finanzierungskosten liegen mit 2,25% (2012: 2,04%) marktbedingt etwas oberhalb des Vorjahres, aber immer noch auf historisch niedrigem Niveau. Der Anstieg der Verzinsung ist mit rd. 0,44%-Punkten unter Einrechnung der umfänglichen Finanzderivate mit Festsatzbindung in etwa konstant geblieben (2012: 0,40%-Punkte).

Unter Bezugnahme auf die ursprünglich geplanten, strategischen Eckdaten 2013 (Abschnitt 2.2) sind folgende Aspekte des Kredit- und Zinsmanagements hervorzuheben:

- Die angestrebte **Verzinsungsstruktur**, d.h. der sehr hohe Anteil der festen Verzinsung konnte auch in dem schwierigen Marktumfeld mit Hilfe des Derivateinsatzes umgesetzt werden. Insgesamt besteht damit der unter Risikoaspekten angestrebte, sehr hohe Festsatzanteil an der Gesamtverschuldung auch weiterhin.

- Die geplante **Zinsbindung** von 7 Jahren (Referenz-Portfolio: 7,1 Jahre) im Festsatzbereich wurde mit 8 Jahren inklusive der Derivate deutlich überschritten. Unter Verzicht auf kurzfristige Kostenvorteile wurde durch Verlängerung der Zinsbindungsdauer die Planungssicherheit erhöht.
- Die Begrenzung der Finanzierungsrisiken aus zukünftigen Anschlussfinanzierungen ist weiterhin der Schwerpunkt für den **Derivateinsatz**. In 2013 hatte ein Anteil von 98% am gesamten Abschlussvolumen diese Zielsetzung.

4 Entwicklung der Zinsausgaben, Kennzahlen

Im Rahmen der Portfoliosteuerung der Zinsausgaben unter Kosten-Risiko-Aspekten werden vergleichende Betrachtungen in zweifacher Hinsicht vorgenommen. Zum einen werden die Zinsausgaben im Vollzug mit Bezug auf die im Haushalt und im Finanzplan veranschlagten Zinsausgaben gesteuert. Zum anderen werden wirtschaftliche Vergleichsgrößen für den Aufgabenbereich mit Bezug auf zwei Kostenträger (Kredite und Finanzderivate, Schulden- und Derivatverwaltung) ermittelt und in den „Zusätzlichen Erläuterungen zum Kapitel 1116“ dargestellt. Die im Rahmen des Kredit- und Zinsmanagements zu berücksichtigenden Risiken sind im letzten Abschnitt 4.3 beschrieben.

Grundsätzlich ist das Kredit- und Zinsmanagement im Haushaltsvollzug von der dynamischen Konjunktur- und Kapitalmarktentwicklung geprägt. Bei der Würdigung der ausgewiesenen Ergebnisse und der Risiken ist zu berücksichtigen, dass die Erstellung der planerischen Grundlagen mit deutlichem zeitlichem Vorlauf und unter entsprechend hoher Unsicherheit erfolgt. Die Abweichungen zwischen Soll- und Ist-Zahlen können deshalb mitunter beträchtliche Größenordnungen erreichen. Die Zahlen für den Haushalt 2013 wurden im Herbst 2012 erstellt.

4.1 Haushalt 2013

Die haushaltsmäßigen Zinsausgaben (Maßnahmengruppen 01 und 02 im Kapitel 1116) in 2013 betragen 862,5 Mio. € und unterschritten damit das Haushalts-Soll von 974,5 Mio. € deutlich um 112 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Zinsausgaben um 45,9 Mio. € (2012: 908,4 Mio. €). Ursächlich für diese sehr positive Entwicklung waren das anhaltende niedrige Zinsniveau sowie die darauf ausgerichteten Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements. Im Vergleich zu den Vorjahren hat die niedrige Nettokreditaufnahme 2012 in Höhe von 78 Mio. € nur geringe zinsseitige Folgewirkungen.

4.2 Wirtschaftlichkeitsvergleich

Zur Betrachtung der Wirtschaftlichkeit werden für die beiden Kostenträger im Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ Vergleichsgrößen ermittelt:

Im Bereich des **Kostenträgers I (Kredite und Finanzderivate)** werden die im Haushalt veranschlagten Zinsausgaben aus dem Gesamtbestand an Krediten und Finanzderivaten den Zinsausgaben eines vorgegebenen Referenz-Portfolios gegenüber gestellt. Zur Steuerung der Zinsausgaben wird das Portfolio-Verfahren PERZ-SH eingesetzt.

Im Bereich des **Kostenträgers II (Schulden- und Derivatverwaltung)** werden aufgabenbezogene Fallzahlen ermittelt.

4.2.1 Zinsausgaben im Vergleich zum Referenz-Portfolio (Kostenträger I „Kredite und Finanzderivate“)

Die Zinsausgaben des Ist- und Plan-Portfolio beziehen sich auf die am Kapitalmarkt finanzierten Kredite und Finanzderivate (Maßnahmengruppe 01 im Kapitel 1116). Rücklagenbewegungen bleiben, soweit sie nicht der periodengerechten Abgrenzung der Zinsbestandteile dienen, unberücksichtigt. Das Referenz-Portfolio enthält ausschließlich Festsatzdarlehen mit einer Laufzeit zwischen 1 und 10 Jahren. Entsprechend der Fälligkeiten werden die Darlehen fortlaufend zu Marktkonditionen refinanziert. Die Durchschnittslaufzeit der beträgt hierbei gut 7 Jahre. Die durchschnittliche Zinsbindung des Referenz-Portfolios beträgt 4,72 Jahre.

	Soll 2013	Ist 2013
Zinsausgaben Referenz-Portfolio in Mio. €	1039,37	911,85
Zinsausgaben Ist- und Plan-Portfolio in Mio. € (Kapitel 1116, Maßnahmengruppe 01)	977,72	841,63
Wirtschaftlichkeitsvorteil 2013	61,65	70,22

Abbildung 9: Wirtschaftlichkeitsvorteil 2013

In 2013 wurde ein Wirtschaftlichkeitsvorteil in Höhe von 70,22 Mio. € errechnet und die ursprüngliche Planzahl von 61,65 Mio. € leicht übertroffen. Trotz der implizit höheren Kosten durch die konservative Finanzierungsstrategie, insbesondere die verstärkten Maßnahmen zur Begrenzung der Zinsänderungsrisiken, hat sich der rechnerische Kostenvorteil im Vergleich zum Vorjahr um gut 20 Mio. € erhöht (2012: 48,61 Mio. €). Hintergrund sind die anhaltend sehr niedrigen kurzfristigen Geldmarktzinsen.

4.2.2 Quantitative und qualitative Fallzahlen (Kostenträger II „Abwicklung Schulden und Finanzderivate“)

Im Bereich der Schulden- und Derivatverwaltung werden in der vergleichenden Betrachtung Fallzahlen erfasst:

in Fallzahlen	2012	2013
Anzahl der Konten per 31.12.	1.274	1.263
Anzahl der zahlungsrelevanten Vorgänge	3.133	3.070
Anzahl der Auswertungen/Berichte	462	422

Abbildung 10: Fallzahlen der Schulden- und Derivatverwaltung

Die Erfassung erfolgt grundsätzlich anhand von Bewegungsgrößen. Ergänzend wird aufgrund der vielfältigen bestandspflegenden Maßnahmen hilfsweise die Bestandsgröße „Anzahl der Konten“ ausgewiesen. Die mengenmäßigen Fallzahlen erlauben keine Aussagen über den Schwierigkeitsgrad und die qualitativen Anforderungen in dem Bereich. Deshalb werden ergänzend qualitative Kriterien mit Bezug auf die Art bzw. Komplexität der Verzinsung der Geschäfte, in Form von Gewichtungen, herangezogen. Maßstab ist der Abschluss bzw. die Abtretung eines Festsatzkredites mit einem Gewicht von 1. Aufgrund der Komplexität beträgt das Gewicht für alle Kredite mit einer variablen oder strukturierten, d.h. optionale Bestandteile beinhaltenden, Verzinsung sowie für Wertpapiere und für Zinsswaps 1,5, für Zinsoptionen 2. Abgänge werden einheitlich mit einem Gewicht von 0,2 berücksichtigt.

	2012				2013		
	Gew.	Anz.	Kennzahl	Konten	Anz.	Kennzahl	Konten
Abschlüsse/Abtretungen							
SSD fest (inkl. Abtretungen)	1,0	94	94	772	153	153	760
strukt./var. Darlehen/WP	1,5	17	25,5	136	26	39	134
Swaps	1,5	5	7,5	346	12	18	335
Optionen	2,0	27	54	20	59	118	34
Σ Abschlüsse (inkl. Abtretungen)		143	181		250	328	
Σ Abgänge (Kredite/Derivate)	0,2	144	28,8		274	54,8	
Σ Gesamt		287	209,8	1274	524	382,8	1263

Abbildung 11: Kennzahl für die Abschlüsse/Abtretungen gewichtet nach Schwierigkeitsgrad

4.3 Entwicklung der Risiken

Das Finanzministerium orientiert sich bei der Steuerung der Risiken des Kredit- und Zinsmanagements grundsätzlich an den Regelungen der Bankenaufsicht (Stichwort Basel). Danach werden die drei wesentlichen Risikokategorien unterschieden:

- Zinsänderungsrisiken,
- Kreditrisiken aus Finanzderivaten,
- Operationelle Risiken.

Unter Berücksichtigung der besonderen Zielsetzung der öffentlichen Hand werden im Finanzministerium Verfahren zur Steuerung und Begrenzung der Risikokategorien eingesetzt.

4.3.1 Zinsänderungsrisiken

Die Zinsänderungsrisiken sind die zentrale Risikokategorie des Kredit- und Zinsmanagements. Dementsprechend legt das Finanzministerium besonderen Wert auf die gezielte Steuerung und den Einsatz der entsprechenden Verfahren.

Zinsänderungsrisiken bestehen, weil die künftige Entwicklung der Kreditmarktzinsen nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden kann. Aus der Sicht des Landes Schleswig-Holstein beinhalten **Zinsänderungsrisiken potenzielle Mehrausgaben, die aus einem unerwarteten Anstieg der Kreditmarktzinsen resultieren**. Zinsänderungsrisiken ergeben sich demnach aufgrund der Höhe nach unsicheren Zinszahlungen aus den bestehenden Krediten und Finanzderivaten (Ist-Portfolio) und den gesamten Zinszahlungen der geplanten Geschäfte (Plan-Portfolio). Die Steuerung der Zinsänderungsrisiken basiert in Schleswig-Holstein auf dem Einsatz alternativer Zinsszenarien (siehe Ziff. 2.2 Zinsszenarien). Die technische Umsetzung erfolgt mit Hilfe des Portfolioverfahrens PERZ SH. Im Haushaltsgesetz (§ 2 (4) HG 2013) ist regelmäßig eine Obergrenze für die Schwankungsbreite der Zinsausgaben vorgegeben. Aufgrund des unmittelbaren Bezugs auf die Zinsausgaben wird das Risikopotenzial des Landes zielgerichtet begrenzt und gesteuert.

Die laufende Steuerung der Zinsänderungsrisiken erfolgt durch den Einsatz des so genannten Risikozinsszenarios. Dieses Szenario wird mit Hilfe eines standardisierten ökonomischen Verfahrens auf Basis der Zinssätze seit 1987 ermittelt. Das Verfahren wurde vom Finanzministerium in Zusammenarbeit mit dem Institut für Statistik und Ökonometrie der CAU Kiel bzw. LMU München entwickelt. Die dauerhafte Überwachung und wissenschaftliche Evaluation des Verfahrens wird durch eine Pflegevereinbarung gewährleistet. Auf der Grundlage des Risikozinsszenarios wird eine Zinsobergrenze für die Zinsänderungsrisiken für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung ermittelt, die mit einer festgelegten, hohen Wahrscheinlichkeit von 90% nicht überschritten wird.

Grundsätzlich steigen die Zinsänderungsrisiken mit dem Planungshorizont aufgrund des wachsenden Anteils der insgesamt ausstehenden Anschlussfinanzierungen (Plan-Portfolio) und den sich daraus ergebenden unsicheren Zahlungen. Im Vollzug des Haushaltsjahres verringern sich die Zinsänderungsrisiken, weil fortlaufend unsichere Planzahlen durch tatsächliche Abschlüsse und Zinsfeststellungen konkretisiert werden.

	2013
Obergrenze für die Schwankungsbreite der Zinsausgaben gem. § 2 (4) HG), in Mio. €	40

Abbildung 12: Obergrenze für die Schwankungsbreite der Zinsausgaben

Das vom Parlament im Haushalt **2013 vorgegebene Limit für die Schwankungsbreite der im Haushalt veranschlagten Zinsausgaben** (§ 2 (4) HG 2013) in Höhe von 40 Mio. € wurde im gesamten **Haushaltsvollzug stets eingehalten**.

Die Ausweitung der Strategie der Zinssicherung ist Ausdruck der Verlagerung des strategischen Schwerpunktes des Kredit- und Zinsmanagements in Richtung der Begrenzung der Zinsänderungsrisiken. Hintergrund ist die geringe Risikoabsorptionsfähigkeit des Landshaushalts sowie die höhere Verbindlichkeit und Fristigkeit der Planansätze im Zuge der Konsolidierungserfordernisse einerseits und die Phase historisch niedriger Zinsen mit dem hohen Potenzial zukünftig steigender Sätze andererseits.

Zukünftig wird den höheren Anforderungen zur Begrenzung und Steuerung der Zinsänderungsrisiken dadurch Rechnung getragen, dass die Vorgabe von jährlichen Obergrenzen (Limite) für die Schwankungsbreite der Zinsausgaben über den Haushalt hinaus auf jeweils weitere fünf Jahre ausgedehnt wird.

Darüber hinaus ist im Herbst 2013 im Finanzministerium ein Projekt zur Weiterentwicklung der Verfahren zur Zinsausgabensteuerung mit dem Schwerpunkt der Erfassung und Steuerung der Zinsänderungsrisiken gegründet worden. Im Rahmen einer Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit sollen die bestehenden Methoden und Verfahren mit Bezug auf die zukünftigen Herausforderungen entwickelt bzw. ausgebaut werden.

4.3.2 Kreditrisiken aus Finanzderivaten

Durch den Einsatz von Finanzderivaten nimmt das Land angesichts der ausstehenden Forderungen aus Zinszahlungen auch eine Gläubigerposition ein und trägt damit ein entsprechendes Kreditrisiko.

Der Einsatz der Finanzderivate ist in Schleswig-Holstein ein zentraler Bestandteil der zielorientierten Zinsausgabensteuerung und insbesondere ein unverzichtbares Instrument zur Umsetzung der Zinssicherungsstrategie. Bereits in 2012 wurde im Hinblick auf die zukünftigen Regulierungserfordernisse damit begonnen, konzeptionelle Grundlagen für marktgängige Verfahren zur beidseitigen Besicherung der Derivatgeschäfte zu entwickeln. Die beidseitige Besicherung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung der Zinssicherungsstrategie. Folgende Kernelemente sind wesentlich:

- Zweiseitige Besicherung der Kreditrisiken in Form von Barsicherheiten mit wöchentlichem Ausgleich der gegenseitigen Verpflichtungen,
- Kontrahentenbezogene Besicherung aller Derivatgeschäfte unter Einbeziehung der Bestände,
- Implementierung der haushaltsgesetzlichen Ermächtigung ab 2013,
- Erarbeiten des Prozesses und Erstellen der vertraglichen Grundlagen,

- Unterstützung des Sicherheitenmanagements durch einen externen Partner, insbesondere bezüglich der IT-seitigen Bewertung und Abstimmung der Einzelgeschäfte mit den Kontrahenten.

Auf Basis des Konzepts wurde das Besicherungsverfahren in 2013 schrittweise eingeführt. Die Praxistauglichkeit war ab Juni 2013 hergestellt. Finanzderivate werden seitdem ausschließlich auf Basis von Besicherungsvereinbarungen, sog. Collateralverträge, mit dem jeweiligen Kontrahenten abgeschlossen. Bis zum Jahresende 2013 ist mit 13 Geschäftspartnern eine entsprechende Besicherungsvereinbarung geschlossen worden. Damit waren bis zu diesem Zeitpunkt bereits über 70% des gesamten Vertragsvolumens an Finanzderivaten besichert. Die Verhandlungen mit den weiteren Partnern zur Einbeziehung aller Geschäfte in die Sicherheitsleistungen laufen noch.

4.3.3 Operationelle Risiken

In Anlehnung an die Regelungen der Bankenaufsicht (Basel) bestehen als weitere wesentliche Risikokategorie operationelle Risiken als **Gefahr von Verlusten in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder in Folge von externen Ereignissen**.

Zur Begrenzung der operationellen Risiken im Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ sind die Funktionstrennung der Teilbereiche „Kredit- und Zinsmanagement“ und „Schulden- und Derivatverwaltung“ durch eine entsprechende Abgrenzung der Aufgaben im Geschäftsverteilungsplan und das Vier-Augen-Prinzip durchgehend umgesetzt. Ferner wird zur Erfassung konkreter Geschäftsvorfälle und zur Steuerung der operationellen Risiken eine sog. Ereignisdatenbank eingesetzt.

Im Finanzministerium wurde entsprechend der Vorgabe des Finanzausschusses (Drucksache 15/2985 i. V. m. Umdruck 15/4855) mit den „Richtlinien für die Ergebnis-Risiko-Steuerung des Aufgabenbereichs Kredite, Finanzderivate, Schulden“ bereits in 2005 ein umfassendes Regelwerk für das Kredit- und Zinsmanagement erarbeitet und mit dem Landesrechnungshof abgestimmt. Die Richtlinien beinhalten die beim Land eingesetzten Verfahren zur Steuerung der Ergebnisse und der wesentlichen Risikokategorien. Sie werden fortlaufend aktualisiert.

5 Entwicklung der Schuldverpflichtungen

Der folgende Abschnitt enthält eine zusammenfassende Darstellung mit den wesentlichen Eckdaten der Gesamtverschuldung des Landes. Im Unterschied zu den vorherigen Abschnitten bezieht sich die Betrachtung damit nicht nur auf die entsprechenden Aktivitäten des Kredit- und Zinsmanagements sowie der Schulden- und Derivatverwaltung in dem jeweiligen Jahr.

5.1 Entwicklung der fundierten Schulden

In der nach der Schuldenstatistik des Statistischen Bundesamtes für die Staatlichen Haushalte üblichen Abgrenzung (Stichtag 31.12.) hat sich der Schuldenstand der Fundierten Schulden in Schleswig-Holstein von 27,29 Mrd. € um 0,47 Mrd. € auf nunmehr 26,72 Mrd. € vermindert. Dies entspricht einem Rückgang um 1,72% (2012: Steigerung um 1,1%). Der überwiegende Teil der Schulden wurde am Kreditmarkt finanziert. Auf die Schulden bei den öffentlichen Haushalten (Bund) entfällt mit 0,28 Mrd. € nur ein Bruchteil, der entsprechend der planmäßigen Tilgung weiter rückläufig ist.

SCHULDENSTRUKTUR 01.01.2013 bis 31.12.2013				
Schuldenarten	Stand am 31.12.2012 Euro	Aufnahmen + Zugänge 01.01. bis 31.12.2013 Euro	Tilgungen + Abgänge 01.01. bis 31.12.2013 Euro	Stand am 31.12.2013 Euro
1. Wertpapierschulden				
Landesschatzanweisungen Euro	13.276.779.649,67	2.092.302.702,01	1.886.369.722,78	13.482.712.628,90
Landesschatzanweisungen Fremdwährung	170.427.023,62	0,00	0,00	170.427.023,62
Summe 1. Wertpapierschulden	13.447.206.673,29	2.092.302.702,01	1.886.369.722,78	13.653.139.652,52
2. Schuldschein- und Vertragsdarlehen				
Kreditinstitute*)	6.502.118.850,43	658.000.000,00	1.054.269.339,46	6.105.849.510,97
Sonstiger inländischen Bereich	6.907.215.347,30	512.000.000,00	873.000.000,00	6.546.215.347,30
Sonstiger ausländischer Bereich	80.000.000,00	0,00	5.000.000,00	75.000.000,00
Sonstiger üblicher Bereich	45.000.000,00	20.000.000,00	5.000.000,00	60.000.000,00
Summe 2. Schuldschein/Vertragsdarlehen	13.534.334.197,73	1.190.000.000,00	1.937.269.339,46	12.787.064.858,27
Summe 1. + 2. Kreditmarktschulden	26.981.540.871,02	3.282.302.702,01	3.823.639.062,24	26.440.204.510,79
3. Schulden bei üblichen Haushalten				
Bund (Wohnungsbau/Sonstige)	313.008.609,31	0,00	32.407.604,65	280.601.004,66
Summe 3. Schulden beim Bund	313.008.609,31	0,00	32.407.604,65	280.601.004,66
Summe 1+2+3 Schulden Gesamt (Fundierte Schulden)	27.294.549.480,33	3.282.302.702,01	3.856.046.666,89	26.720.805.515,45

Abbildung 13: Veränderung der Schuldenstruktur 2013, *) incl. GVB- und LVSH-Darlehen

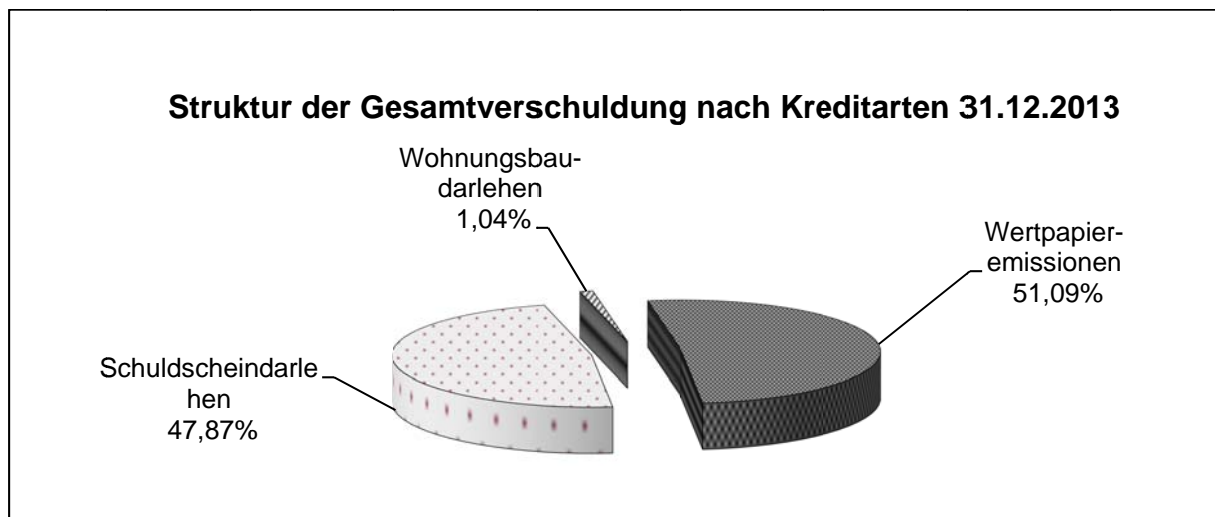


Abbildung 14: Struktur der Gesamtverschuldung nach Kreditarten

Die Berechnung der Schulden je Einwohner wird an die Sichtweise des statistischen Bundesamtes angepasst. Bisher wurden für die Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung die (gesamten) fundierten Schulden durch die fortgeschriebene Einwohnerzahl zum 30.06. des Berichtsjahres (= „Einwohnerzahl auf Grundlage früherer Zählungen“) geteilt. Die Einwohnerzahl auf Grundlage früherer Zählungen wird aktuell nicht mehr von den statistischen Ämtern verwendet, so dass diese Größe auf den 30.06.2013 nicht zur Verfügung steht. Bezugsgröße für die Pro-Kopf-Verschuldung ist nunmehr die Einwohnerzahl per 30.06.2013 auf Grundlage

des Zensus 2011. Des Weiteren verwendet das statistische Bundesamt zur Ermittlung der Pro-Kopf-Verschuldung die Schulden des Länderkernhaushaltes im nicht-öffentlichen Bereich, die eine Teilgröße der (gesamten) fundierten Schulden darstellen. Die gesamten fundierten Schulden entsprechen in der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes den Schulden des Länderkernhaushaltes im öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich (vgl. Fachserie 14 Reihe 5 des Statistischen Bundesamtes „Schulden der öffentlichen Haushalte“).

Folgende Abbildung zeigt die Berechnung der Schulden des Länderkernhaushaltes im nicht-öffentlichen Bereich für die Jahre 2012 und 2013:

Stand jeweils auf den 31.12.	2012	2013
Fundierte Schulden (gesamt)	27.294.549.480,33	26.720.805.515,45
abzüglich 2. Schuldschein- und Vertragsdarlehen beim sonstigen öffentlichen Bereich	45.000.000,00	60.000.000,00
abzüglich 3. Schulden beim Bund	313.008.609,31	280.601.004,66
plus Kassenkredite im nicht-öffentlichen Bereich	0,00	0,00
Schulden des Länderkernhaushaltes beim nicht-öffentlichen Bereich	26.936.540.871,02	26.380.204.510,79

Abbildung 15: Entwicklung der Schulden des Länderkernhaushaltes

Für den Übergang wird die Kennzahl Pro-Kopf-Verschuldung neben der neuen Sichtweise des statistischen Bundesamtes nachrichtlich auch für die (gesamten) fundierten Schulden dargestellt. Bis Ende 2012 wird für Vergleichszwecke auch die alte Entwicklung mit aufgeführt.

	Stand 31.12.2010 Euro	Stand 31.12.2011 Euro	Stand 31.12.2012 Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Schulden des LänderkernHH beim nicht-öffentl. Bereich			26.936.540.871	26.380.204.511
Einwohnerzahl SH (30.06. VJ) auf Grundlage des Zensus			2.803.356	2.808.169
Pro-Kopf-Verschuldung			9.608,68	9.394,09
<u>nachrichtlich:</u>				
Entwicklung (gesamte) Fundierte Schulden			27.294.549.480	26.720.805.515
Einwohnerzahl SH (30.06. VJ) auf Grundlage des Zensus			2.803.356	2.808.169
Pro-Kopf-Verschuldung			9.736,38	9.515,38
<u>alte Entwicklung:</u>				
Entwicklung (gesamte) Fundierte Schulden	25.997.821.396	26.986.243.141	27.294.549.480	26.720.805.515
Einwohnerzahl SH (30.06. VJ) auf Grundl. früherer Zählungen	2.831.364	2.835.467	2.838.954	
Pro-Kopf-Verschuldung	9.182,08	9.517,39	9.614,30	

Abbildung 16: Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung

Der Rückgang der Schulden im Berichtsjahr 2013 hat zu einer Verringerung der Pro-Kopf-Verschuldung von 9.608,68 € um 214,59 € auf 9.394,09 € geführt.

5.2 Entwicklung der Kreditmarktschulden

Zu den Kreditmarktschulden zählen Wertpapierschulden (ohne Wertpapiere des Landes im Eigenbestand) sowie Schuldschein- und Vertragsdarlehen. Nicht einbezogen sind Schulden bei öffentlichen Haushalten, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Kassenverstärkungskredite sowie Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen.

Im Laufe der letzten Jahre hat sich der Anteil der Wertpapierschulden am Vertragsbestand der Kreditmarktschulden deutlich erhöht. Hintergrund ist die geänderte Finanzierungspraxis entsprechend der Investorennachfrage (siehe Ziffer 3.1). Am Ende des Berichtsjahres beträgt der Anteil der Wertpapierschulden an den Kreditmarktschulden 51,64 % (2012: 49,84%). Damit stellen die Wertpapierschulden inzwischen mehr als die Hälfte des Schuldenstandes dar.

	2010 in vollen Euro	2011 in vollen Euro	2012 in vollen Euro	2013 in vollen Euro
Summe Kreditmarkt- schulden	25.649.785.152	26.656.577.754	26.981.540.871	26.440.204.511
davon				
Wertpapierschulden	11.932.912.465	12.630.037.265	13.447.206.673	13.653.139.653
Anteil an den Kreditmarkt- schulden in %	46,52%	47,38%	49,84%	51,64%
Schuldschein- /Vertragsdarlehen	13.716.872.687	14.026.540.489	13.534.334.198	12.787.064.858
Anteil an den Kreditmarkt- schulden in %	53,48%	52,62%	50,16%	48,36%

Abbildung 17: Entwicklung der Kreditmarktschulden 2010-2013

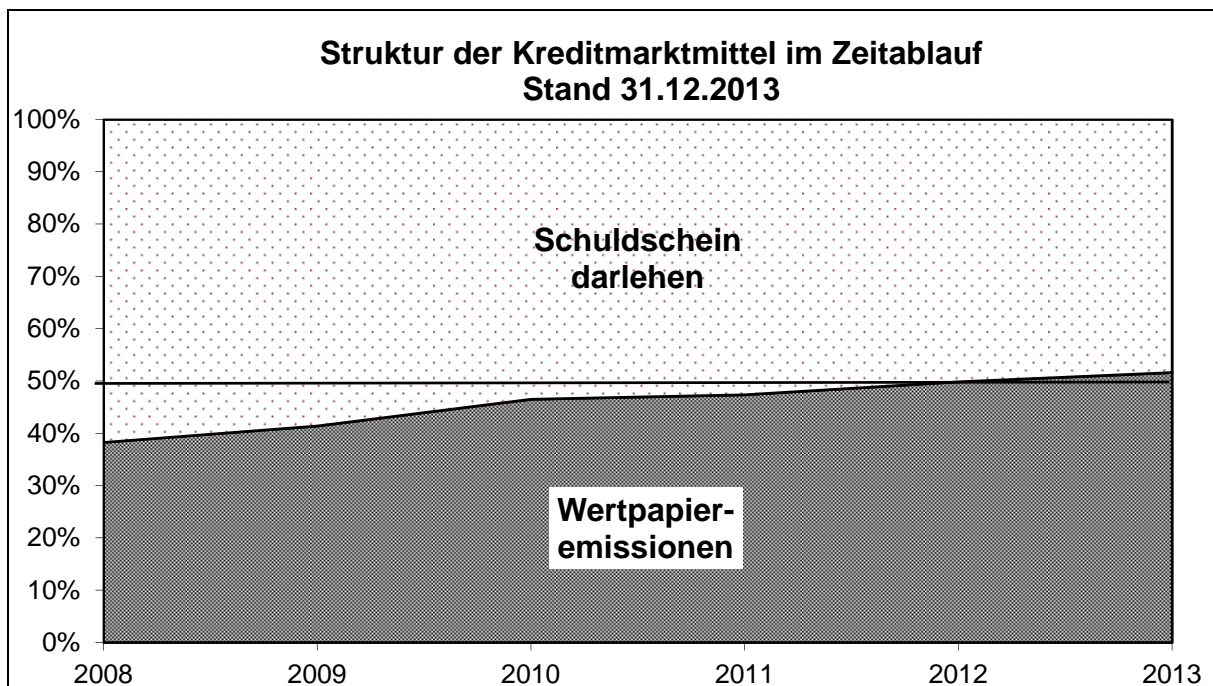


Abbildung 18: Struktur der Kreditmarktschulden 2008-2013

5.3 Struktur der Wertpapierschulden

Die Wertpapierschulden lassen sich in vier Ausgestaltungsformen einteilen. Bei knapp 70% der Wertpapierschulden tritt das Land Schleswig-Holstein als Alleinemittent auf. Der Anteil der Euro-Landesschatzanweisungen mit einem Festsatz liegt am Ende des Berichtsjahres mit 30,3% leicht unter dem Vorjahresanteil (2012: 32,5%). Dagegen hat sich der Anteil der variabel verzinslichen Euro Landesschatzanweisungen weiter auf nunmehr 36,1% (2012: 34,8%) erhöht. Das Marktsegment der Euro-Gemeinschaftsemissionen – enthält auch die Bund-Länder-Anleihe, die bislang ausschließlich mit einer festen Verzinsung emittiert worden sind, bleibt für das Land mit einem Anteil von 32,3% (2012: 31,5%) anhaltend bedeutend. Die Emissionen in fremder Währung, für die regelmäßig ein kongruenter Swap in eine konventionelle Euro-Verzinsung abzuschließen ist, haben weiterhin nur einen sehr geringen Anteil von 1,2 % an den Wertpapierfinanzierungen des Landes SH.

	2010 Euro	2011 Euro	2012 Euro	2013 Euro
Entwicklung Wertpapierschulden	11.932.912.465	12.630.037.265	13.447.206.673	13.653.139.653
Euro- LSA SH- Festsatz	4.165.630.787	4.306.068.574	4.364.654.649	4.143.302.366
Euro- LSA SH – variabler Zinssatz	3.570.000.000	4.000.000.000	4.675.000.000	4.932.285.263
Fremdwährung LSA SH - Festsatz	236.510.012	170.427.024	170.427.024	170.427.024
Euro-Gemeinschaftsemissionen- Festsatz	3.961.041.666	4.153.541.667	4.237.125.000	4.407.125.000
Stückzahlen (nachrichtlich)	62 Stück	66 Stück	75 Stück	77 Stück

Abbildung 19: Entwicklung Wertpapierschulden 2010-2013

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf den Eigenbestand an Wertpapieren, den das Land zu Zwecken der Marktpflege hält. Das Verfahren zur Unterstützung des regelmäßigen Kapitalmarktauftritts hat sich langjährig bewährt und wird durch die Bundesbank durchgeführt. Ergänzend werden die Eigenbestände zur Anlage der Mittel der Versorgungsrücklagen Schleswig-Holsteins und anderer Länder genutzt. Zum Ende des Berichtsjahres 2013 wurde bei 8 Emissionen ein Wertpapiereigenbestand von insgesamt rd. 63 Mio. € ausgewiesen.

Entwicklung	2010 Euro	2011 Euro	2012 Euro	2013 Euro
Wertpapier-Eigenbestand	114.264.199	74.556.411	170.970.336	62.697.634

Abbildung 20: Entwicklung Wertpapiereigenbestand 2010-2013

5.4 Gläubigerstruktur der Schuldschein- und Vertragsdarlehen

Neben Wertpapierschulden werden Darlehen gegen Schuldscheine aufgenommen. Die Schuldurkunde wird auf einen Gläubiger ausgestellt. Die Übertragung erfolgt durch Abtretung. Im Gegensatz zu den Wertpapierschulden ist es bei den Schuldschein- und Vertragsdarlehen immer möglich, darzustellen, wer aktuell als Gläubiger des Landes eingetragen ist.

	2010 Euro	2011 Euro	2012 Euro	2013 Euro
Kredite Kreditinstituten	6.312.817.400	6.543.712.223	6.503.118.850	6.105.849.511
Hypothekenbanken	2.203.215.995	1.935.090.781	1.753.903.083	1.392.690.391
Landesbanken	1.420.375.084	1.594.600.921	1.699.600.921	1.784.810.490
Banken mit Sonderaufgaben	828.822.970	1.244.617.171	1.480.211.495	1.405.284.037
Sparkassen	617.500.000	582.500.000	538.500.000	563.500.000
Private Geschäftsbanken	525.903.351	450.903.350	296.903.351	254.564.594
Auslandsbanken	440.000.000	380.000.000	355.000.000	325.000.000
Genossenschaftsbanken	227.000.000	281.000.000	314.000.000	315.000.000
Bausparkassen	50.000.000	75.000.000	65.000.000	65.000.000
Kredite inländischen Bereich	7.193.828.266	7.253.828.266	6.906.215.347	6.546.215.347
Versicherungsgesellschaften	6.104.805.682	6.044.805.682	5.784.692.763	5.517.692.764
Pensionskassen	592.000.000	592.000.000	555.500.000	515.500.000
Versorgungswerke	469.000.000	569.000.000	449.000.000	374.000.000
Zusatzversorgungseinrichtungen	12.022.584	12.022.584	86.022.584	86.022.584
Kapitalanlagegesellschaften	10.000.000	10.000.000	0	0
Sonstiger inländischer Bereich	5.000.000	10.000.000	15.000.000	28.000.000
Sonstige finanzielle Unternehmen	1.000.000	16.000.000	16.000.000	25.000.000
Kredite öffentlicher Bereich	130.227.021	149.000.000	45.000.000	60.000.000
Zusatzversorgungseinr.(öffentlich)	109.000.000	89.000.000	15.000.000	30.000.000
öffentliche Sonderrechnungen	0	60.000.000	30.000.000	30.000.000
Gemeinden/GV	20.000.000	0	0	0
Verbundene Unternehmen	1.227.021	0	0	0
Kredite ausländischer Bereich	80.000.000	80.000.000	80.000.000	75.000.000
Ausländische Nichtbanken	80.000.000	80.000.000	80.000.000	75.000.000
Ges. Schuldschein/Vertragsdarlehen	13.716.872.687	14.026.540.489	13.534.334.198	12.787.064.858
Stückzahlen (nachrichtlich)	622 Stück	631 Stück	612 Stück	796 Stück

Abbildung 21: Gläubigerstruktur Schuldschein- und Vertragsdarlehen 2010-2013

5.5 Fälligkeitsstruktur der Kreditmarktschulden

Die nachstehende Grafik zeigt die Fälligkeitsstruktur der Kreditmarktschulden des Landes per Ende des Haushaltsjahres 2012 und deren Veränderung durch die Abschlüsse im Haushaltsjahr 2013. Das Land Schleswig-Holstein hat sich unter Verzicht auf kurzfristige Kostenvorteile ausschließlich im Laufzeitspektrum ab 5 Jahren finanziert. 87% aller Kredite konnten in dem klassischen Bereich von 5 bis 10 Jahren abgeschlossen werden. Der restliche Kreditbedarf wurde durch Schuldscheindarlehen mit sehr langen Laufzeiten ab 20 Jahren finanziert. Diese Darlehen werden hauptsächlich aus der Versicherungsbranche nachgefragt. Insgesamt sind durch die Form der Finanzierungsabschlüsse sowohl die Liquidität als auch die günstigen Zinsen für einen relativ langen Zeitraum gesichert.

Durch die weiteren Abschlüsse in den nächsten Jahren wird sich das jetzt noch niedrige Tilgungsvolumen ab dem Jahr 2020 deutlich erhöhen und damit die Entwicklung der Fälligkeitsstruktur verstetigen.

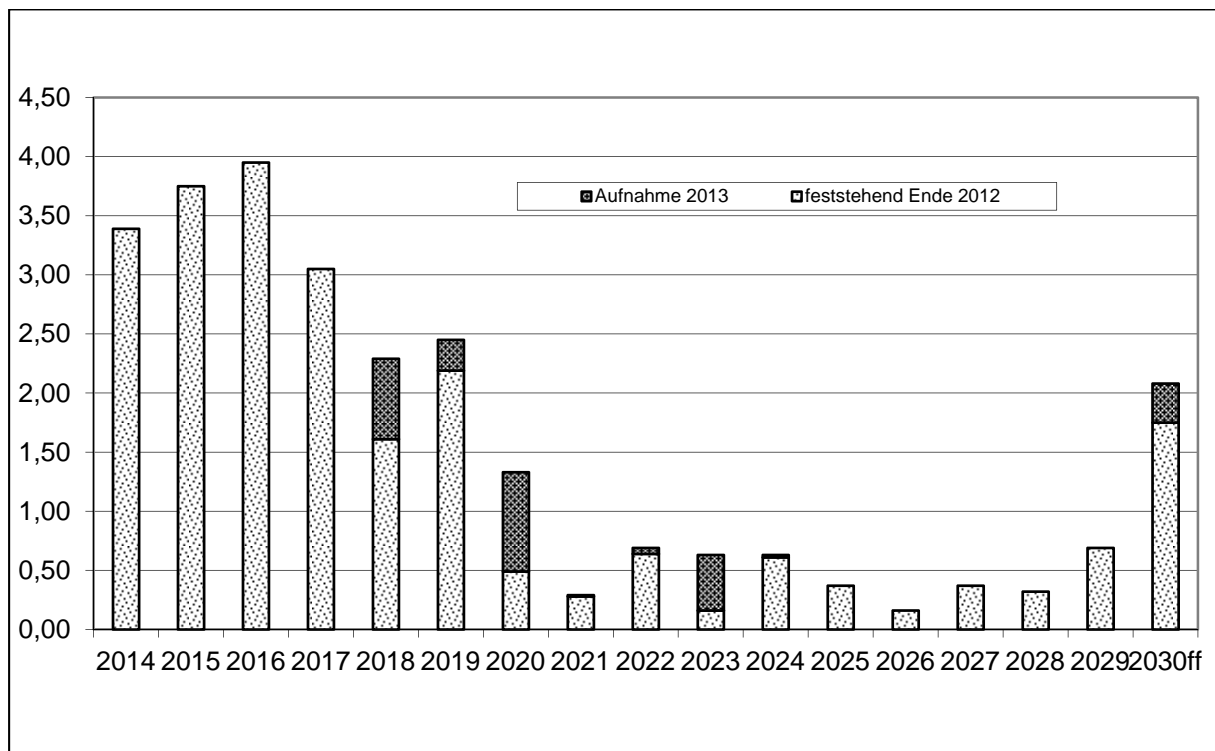


Abbildung 22: Fälligkeitsstruktur Kreditmarktschulden per 31.12.2013

5.6 Struktur der Verzinsung

Das Land Schleswig-Holstein betreibt im Rahmen des Portfoliokonzepts eine gezielte Steuerung der gesamten Zinsausgaben aus Krediten und Finanzderivaten unter Kosten-Risiko-Aspekten. Seit Jahren werden die wesentlichen Kennziffern zur Charakterisierung der Verzinsungsstruktur des Landes veröffentlicht. Mit Bezug auf die gesamten Kreditmarktschulden in Höhe von rd. 26,4 Mrd. € zum Jahresende 2013 werden nachfolgend der Anteil an festen und variablen Finanzierungen, die durchschnittliche Restlaufzeit sowie die durchschnittliche Zinsbindungsfrist betrachtet:

- Der Bestand der Kreditmarktschulden zum 31.12.2013 teilte sich auf in 79% (2012: 80%) festverzinsliche und 21% (2012: 20%) variabel verzinsliche Verpflichtungen. Unter Berücksichtigung der Derivate erhöhte sich der feste Anteil leicht auf 88% (2012: 83%). Der variable Anteil reduzierte sich entsprechend auf 12% (2012: 17%).

- Die durchschnittliche Restlaufzeit des gesamten Kreditbestandes hat sich per Ende 2013 auf 5,01 Jahre leicht verkürzt (2012: 5,12 Jahre). Die Kreditmarktmittel in 2013 konnten mit einer relativ langen Durchschnittslaufzeit von 9,9 Jahren refinanziert werden und somit die Verkürzung der Restlaufzeit im Bestand zum größten Teil kompensieren.
- Die durchschnittliche Zinsbindungsdauer, die Laufzeit- und die Verzinsungsstruktur in einer Größe kombiniert sowie die Finanzderivate berücksichtigt, erhöhte sich unter dem Einfluss der Zinssicherungsgeschäfte auf 4,97 Jahre zum Jahresende 2013 (2012: 4,36 Jahre).

Die Kennzahlen bringen die umfangreichen Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements zur mittel- bis langfristigen Optimierung der Zinskostenstruktur zum Ausdruck. Im Umfeld historischer Niedrigzinsen wurde mit Bezug auf die geringe Risikotragfähigkeit des Landeshaushalts auch in 2013 – wie bereits in den letzten Jahren – eine konservative Finanzierungsstrategie mit einer tendenziell längeren Zinsbindung umgesetzt. Insgesamt stellt sich die Kosten-Risiko-Struktur der Verzinsung unter Berücksichtigung der Risikoabsorptionsfähigkeit des Landeshaushalts in einem ausgewogenen Verhältnis dar.

Stand der „Allgemeinen Schuldverpflichtungen“ des Landes Schleswig-Holstein

Schuldenstand

Der Schuldenstand entsprechend der Jahresschuldenstatistik zum Stichtag 31.12.2013

1. Schulden aus Kreditmarktmitteln	26.440,20 Mio. €
davon	
1.1 Wertpapierschulden*)	
Landesschatzanweisungen (Euro)	13.482,71 Mio. €
Landesschatzanweisungen (Fremdwährung)	170,43 Mio. €
1.2 Schuldschein- und Vertragsdarlehen beim nichtublichen Bereich	
bei Kreditinstituten	6.105,85 Mio. €
beim sonstigen inländischen Bereich	6.546,22 Mio. €
beim sonstigen ausländischen Bereich	75,00 Mio. €
1.3 Schuldschein- und Vertragsdarlehen beim üblichen Bereich	
beim sonstigen üblichen Bereich	60,00 Mio. €
 2. Schulden bei üblichen Haushalten beim Bund (Wohnungsbau und Sonstige)	 280,60 Mio. €
 Fundierte Schulden am 31.12.2012	 <u>26.720,81 Mio. €</u>

**Die fundierten Schulden am Ende des
Haushaltsjahres 2013** betragen in Abgrenzung
zum Schuldenstand lt. Jahresschuldenstatistik

27.123,19 Mio. €

abzüglich

Schuldenaufnahme für das Haushaltsjahr 2012
mit einer Valuta im Jahr 2013

402,38 Mio. €

26.720,81 Mio. €

*) Schuldenstand um den Eigenbesitz des Landes an Wertpapieren (Schatzanweisungen)
in Höhe von 62,7 Mio. € vermindert.